Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 23 | Oktober 1978 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!

Iran im Aufruhr

Für proletarische Revolution! Gegen islamische Reaktion!

Am 8. September erreichte die Welle massiver Proteste gegen die brutale iranische Monarchie, die das Land den ganzen Sommer hindurch erschütterte, einen grausamen Höhepunkt, als die kaiserliche Garde des Schahs mit Maschinengewehren in die Menge einer regierungsfeindlichen Demonstration in Teheran schoß. Mindestens tausend Demonstranten wurden in dem größten Massaker seit Jahrzehnten abgeschlachtet. Die Teheraner Korrespondentin des Londoner *Guardian*, Liz Thurgood, war Augenzeuge des Gemetzels:

> „In einer brutalen Zurschaustellung militärischer Macht eröffneten Truppen und kleine Panzer gestern um 9.20 Uhr auf dem Madan Dschaleh (Dschaleh Platz) an einer Stelle das Feuer, an der sich zwischen 5 000 und 10 000 junge Leute zu einer friedlichen Demonstration gegen den Schah versammelt hatten. Männer, Frauen und kleine Kinder, viele blutüberströmt, rannten schreiend davon: ‚Sie töten uns. Sie töten uns.' „ (*Guardian*, 9. September).

Anderen Berichten zufolge rollten Panzer aus den Zufahrtsstraßen auf den Platz und zermalmten unterschiedslos Leichen wie Verwundete. Hunderte Verwundete überfüllten die Krankenhäuser, wo viele starben, weil die Ärzte und die Medikamentenvorräte für die Zahl der Opfer einfach nicht ausreichten. Viele andere, zurecht ihre Verhaftung in den Krankenhäusern befürchtend, ließen sich in den Wohnungen von Sympathisanten durch behelfsmäßig organisierte und ausgerüstete medizinische Erste-Hilfe-Teams behandeln.

Demonstranten in anderen Teilen der Stadt wurden auf die gleiche brutale Weise niedergeschossen. Bei ihrem Rückzug griffen die empörten Schahgegner Banken, Luxusgeschäfte und Regierungsgebäude an. Die Menge warf Autos um und zündete sie an, um den patrouillierenden Panzern und Armeelastwagen den Weg zu verbarrikadieren. Gewehrfeuer war bis in die Nacht hinein zu hören; nach Berichten handelte es sich um Schußwechsel zwischen Regierungstruppen und unbekannten Gegnern.

Am Platz vor der Dschaleh-Moschee luden Soldaten die Toten und Sterbenden auf Lastwagen, während die Feuerwehr die Straßen vom Blut säuberte. Während die Regierung ursprünglich behauptete, daß lediglich fünfzig Menschen getötet worden wären, gab sie später die doppelte Anzahl zu. In einer Debatte im Madschlis (dem „Parlament" des Schah), die landesweit vom Fernsehen ausgestrahlt wurde, denunzierten oppositionelle Abgeordnete diese offensichtliche Lüge. Und jetzt spricht selbst die amerikanische Botschaft von bis zu fünfhundert Toten.

Als Antwort auf den Aufruhr wurde das Kriegsrecht über Teheran und andere Großstädte verhängt; sie wurden für einen Zeitraum von sechs Monaten unter die Befehlsgewalt des Armeekommandanten General Oweissi gestellt. Dies entzieht dem gerade neu ernannten Ministerpräsidenten Dschaafar Scherif-Emami fast alle Macht. Letzte Woche begannen im Iran Massenverhaftungen hunderter Oppositioneller.

Inmitten dieses allgemeinen (von allen Bevölkerungsschichten getragenen) Aufruhrs erschien skandalöserweise der chinesische KP-Chef Hua Guo-feng in Teheran, um dem verhaßten iranischen Diktator seine Solidarität zu bekunden. Während die Bereitschaftspolizei in den Straßen von Ghom Demonstranten niedermetzelte, wurden Hua zu Ehren einundzwanzig Schuß Salut abgefeuert, dann ließ er sich in



Anti-Schah-Demonstration in Teheran, bevor Soldaten ein Blutbad anrichten

einer kaiserlichen Kutsche zum Schaj ad-Denkmal bringen, um sich den Schlüssel von Teheran aushändigen zu lassen.

Der Schah hat sich entschieden, den Protest in Blut zu ertränken. Die Demonstrationen sind weit davon entfernt zu verebben, im Gegenteil, am 4. September beteiligten sich Millionen an den Kundgebungen, in Teheran allein waren es 500 000 oder mehr. Diese Demonstrationen wurden von Mullahs angeführt, die aus dem Koran vorlasen, auf großen Transparenten wurde die Rückkehr des Ajatollah Chomeini gefordert, einem vom Schah ins Exil geschickten moslemischen Führer. Auf anderen Bannern, von Mitgliedern linker Guerillagruppierungen getragen, hieß es: „USA raus aus dem Iran". Aber die Slogans der religiösen Opposition dominierten.

Die Aufmärsche zeugten nicht nur von dem gewaltigen Ausmaß des Hasses gegen die Pahlevi-Diktatur, in der Hauptstadt verbrüderten sich die Demonstranten sogar mit den Soldaten, die größtenteils Wehrpflichtige sind. Das iranische Regime sieht einer Bedrohung ähnlich wie beim Aufstand von 1963 entgegen, als die militärischen Berater des Schah glaubten, die Truppen in Teheran würden meutern, wenn man ihnen ein zweites Mal befohlen hätte, auf die protestierenden Massen zu feuern.

Damals vor fünfzehn Jahren mobilisierte der Schah neue Truppen und ließ Tausende ermorden, um die Rebellion zu zerschlagen, heute verläßt er sich bei seinem verzweifelten Versuch, jeglichen Widerstand zu ersticken, auf Eliteeinheiten.

Vor drei Jahren dekretierte der Schahinschah ein Einparteienregime, darauf vertrauend, daß seine Gegner auf eine Handvoll Ohnmächtiger zusammengeschmolzen waren; heute liegt seine Rastachis-Partei in Scherben.

Es gibt keine Indizien, daß die Opposition sich durch das Massaker vom 8. September hat einschüchtern lassen. Neue Zusammenstöße wurden aus Mesched und anderen Städten gemeldet, während die Läden in der Hauptstadt zum wiederholten Male durch Proteststreiks dichtgemacht wurden. Vor kurzem noch prahlte das „Licht aller Arier": „Niemand kann mich stürzen. Ich habe die Unterstützung von 700 000 Soldaten, aller Arbeiter und fast aller anderen Bevölkerungsschichten... Ich habe die Macht" *{Los Angeles Times*, 17. August). Inzwischen ist für jedermann, der Augen hat zu sehen, offenbar, daß das Mörderregime in seinen Grundfesten wankt. Zum ersten Mal seit fünfundzwanzig Jahren (1953 wurde das bürgerlich- nationalistische Mossadegh-Regime durch einen vom CIA organisierten Putsch gestürzt, der Schall erhielt seinen Thron wieder) steht der kaiserliche Palast unter dem Schutz von Panzern.

Nach Abadan

Die Spannung im Iran eskalierte dramatisch, nachdem am 19. August ein Feuer fast vierhundert Leute getötet hatte, die in einem Kino in der im Süden gelegenen Stadt Abadan eingeschlossen waren. Die Regierung erklärte sofort, daß das Feuer das Werk schahfeindlicher Brandstifter gewesen sei, und behauptete eine Verschwörung kommunistischer Lehrer aufgedeckt zu haben, die ihre Schulklassen zu Sabotageringen organisiert haben sollen. Von dieser offensichtlichen Verleumdung hat man seitdem nichts mehr gehört.

Da in letzter Zeit Banken, Restaurants, Nachtklubs, Spirituosenläden und Brauereien demoliert oder gebrand-

Fortgesetzt auf Seite 5

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 4
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Linke im grünen Morast

Hessenwahlen und Klassenpolitik

Bürgerliche Parteien und Sozialdemokraten messen den Hessenwahlen eine besondere Bedeutung bei: fällt die SPD-Hochburg Hessen, dann sind wahrscheinlich auch die Tage der Bonner Koalition gezählt. Deshalb konzentriert die SPD ihr Feuer auf die „rechte Gefahr“ einer Regierungsübernahme durch Dregger und die CDU, um ihr Wählerpotential voll zu mobilisieren. „Stoppt Dregger — wählt SPD!“ lautet die Devise.

Dem Bestand der sozial-liberalen Landesregierung droht aber noch von einer anderen Seite Gefahr: den „Grünen“. GAZ und GLH sind angetreten, mit einer guten Chance, der FDP die Stimmen abzujagen, die sie benötigt, um die Fünfprozent-Hürde zu überspringen. So erklärt sich die unter Profilneurose leidende FDP zur „wahren Umweltschutzpartei“ und appelliert an die Wähler, den Liberalen „noch eine Chance“ zu geben.

Kommunisten trachten danach, Parlamentswahlen für revolutionäre Propaganda auszunutzen, so lange, wie unter den Massen des Proletariats Illusionen in die parlamentarische Demokratie vorherrschend sind. Wenn immer möglich, geschieht dies durch die Aufstellung eigener Kandidaten, um die Wahlen und das Parlament als Tribüne für revolutionäre Propaganda, für die Verbreitung des kommunistischen Programms auszunützen. Wo die Kräfte einer revolutionären Organisation für eine Eigenkandidatur nicht ausreichen, können Trotzkisten zum Mittel *kritischer Unterstützung* von Parteien greifen, die durch ihre organische Beziehung zur Arbeiterbewegung oder ihre Berufung auf den Sozialismus einen zumindest formalen Anspruch auf proletarische Klassenunabhängigkeit erheben.

Keine Stimme für die SPD

Die SPD hat den widersprüchlichen Charakter einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Zu Zeiten, wo die SPD zum Bruch mit bürgerlichen Koalitionspartnern gezwungen ist, wo sich die Radikalisierung der Arbeiterklasse in der Wahl der sie politisch noch immer dominierenden Partei niederschlägt, ist eine kritische Wahlunterstützung - „wie der Strick den Gehängten unterstützt“ (Lenin) — möglich. Eine Wahlunterstützung unter diesen Umständen zielt darauf ab, den Arbeitern durch revolutionäre Kritik klar zu machen, daß „ihre“ traditionelle Partei keine proletarischen Klasseninteressen verficht. Wir sagen den Arbeitern: die SPD wird verraten; doch wenn ihr noch an diese Partei glaubt, so zwingt sie, *in eigener Verantwortung* die Regierung zu übernehmen. Ihr werdet dann sehen, daß eine SPD-Regierung keine Arbeiterregierung ist. Wir sind bereit, mit unserer Wahlunterstützung dazu beizutragen, daß ihr diese Erfahrung machen könnt. Wenn unsere Vorhersagen eintreffen, dann kämpft mit uns für eine wirkliche Arbeiterregierung!

Aber die SPD befindet sich seit über einem Jahrzehnt in bürgerlichen Koalitionsregierungen und ist weiterhin auf die Koalition mit der FDP festgelegt. Auch die treuesten Sozialdemokraten wagen nicht, die Regierung in Bonn oder die verschiedenen sozialdemokratisch geführten Länderregierungen als Regierungen der Arbeiterklasse anzupreisen. Daher die ständige Rede vom „kleineren Übel“. Wer sich dieser Logik unterwirft, müßte folgerichtig für die Wahl der gefährde ten FDP sein, und einige Elemente im Sozialistischen Büro sind dies in der Tat. Aber die einzigen Fortschritte, die bei Wahlen zum Ausdruck kommen können, sind *reale Fortschritte in der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie.* Selbst die von Illusionen getragene Wahl einer bürgerlichen Arbeiterpartei kann, wenn diese *formal unabhängig,* in vorgeblicher Frontstellung gegen die direkten Parteien der Bourgeoisie antritt, einen solchen realen Schritt nach vorn darstellen. Eine Stimme für die SPD heute dagegen ist ein Schritt zurück, eine Stimme für Stammheim, für die Aufrüstung der Polizei, für die Abschiebung „unerwünschter“ Ausländer und für die Sanierung der westdeutschen Wirtschaft auf Kosten des Proletariats.

Die „Linke“ wird grün

Aber sind die Grünen eine Alternative? Gegenwärtig sind die meisten reformistischen und zentristischen Organisationen froh, ihre Existenz — und ihre Krisen — hinter „Grünen“ oder „Bunten“ Listen verstecken zu können. „Wie hältst Du's mit den Atomkraftwerken?“ wurde von ihnen zur Gretchenfrage erhoben. Bereits die Fragestellung ist reformistisch und utopisch-reaktionär. Natürlich ist im Kapitalismus die Nutzung der Atomenergie dem Profitprinzip untergeordnet. Aber entscheidend ist, die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel aus den Händen der Bourgeoisie zu reißen und sie mittels gesellschaftlicher Planung in den Dienst der Werktätigen zu stellen. Die sozialistische Gesellschaft wird sich im Rahmen der planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte das gesamte vorhandene technische Potential, von der Atomkraft bis hin zu den Mikroprozessoren, zunutze machen, sie wird eine *entwickeltere* Technologie und sie wird im Weltmaßstab auch *mehr* Energie als die kapitalistische benötigen, da sie nur auf der Basis materiellen Überflusses existieren kann.

Nach langem Gemauschel haben sich die „Grünen“ in Hessen in „linke“ und rechte Ökologisten gespalten: die „vereinigte“ GLH ist geplatzt, Gruhls GAZ stand ohnehin draußen. Von dem Standpunkt proletarischer Klassenpolitik sind die Differenzen unter den Grünen rein quantitativ: alle sind kleinbürgerlich-populistische Formationen, die auf der Basis der kapitalistischen Ordnung stehen. In einem recht informativen Interview *(was tun*, 14. September) hat Alexander Schubart, Spitzenkandidat der GLH, diese Tatsache offen erklärt:

> „Was ist im Kern die GLH? Aus meiner Sicht ist das eine Artikulation von Protest, also eine Protest-Bewegung — auf radikal-demokratischer Grundlage.“

Dem Drängen der GIM-Interviewer, die krampfhaft nach einer Begründung für ihre Unterstützung der GLH suchen, doch bitteschön die GLH zu einer embryonalen „Sozialistischen Alternative“ zu erklären, gab Schubart nicht nach:

> Wir lassen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen nicht aus dem Programm heraus. Aber wir lösen sie nicht systemüberwindend; auch Arbeitszeitverkürzung ist noch nicht systemüberwindend, sie stellt nicht die Herrschaft des Kapitals über den Produktionsprozeß in Frage ... es bleibt immernoch dabei — und da ist wohl

eine Differenz zwischen uns - daß es im Programm keine authentisch sozialistischen Forderungen gibt...“ Hauptsächlich grenzen sich GLH und GAZ durch gegenseitige Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab: die GAZ will mit „Linken“ nichts zu tun haben, die GLH, die selbstverständlich bürgerlichen Demokraten offen steht, sperrt sich lediglich gegen Faschisten, und betont ihren „demokratischen“ Anspruch. Aber die Umwelt-Frage ist nicht eine spezifische Klassenfrage — es kann ebenso reaktionäre Empörung gegen die profitorientierte „Vergewaltigung“ der „Natur“ geben wie die kommunistische Erkenntnis, daß eine gesellschaftliche Gesamtplanung für die Zukunft der Menschheit notwendig ist. Sogar die Faschisten können auf der grünen Welle mitreiten: so tritt die NPD für eine „ökologische Revolution“ zwecks „Volks- und Lebensschutz“ ein.

Eine kritische Unterstützung der GLH (wie auch der Hamburger „Bunten“ oder der GAZ) ist ebensowenig ein Schritt zur unabhängigen Klassenorganisation des Proletariats wie eine Stimme für die bürgerliche FDP. *Keine Unterstützung der kleinbürgerlichen Grünen!*

Die GIM und die Grünen

Daß der KB wie in Hamburg tief im grünen Morast steckt, ist selbstverständlich. Seine Parole lautet: „Bloß nicht gegen den Strom schwimmen“, sein Programm besteht darin, jede kleinbürgerliche „fortschrittliche“ Bewegung zu bejahen. Sein einziges Problem (wie die jüngste *Arbeiterkampf-Diskussion* deutlich macht) ist es dann nur noch, die eigenen Anhänger von Sinn und Zweck einer Mitgliedschaft im KB *selbst* zu überzeugen, da man auch *ohne* KB in der „Bewegung“ aufgehen kann.

Etwas waghalsiger ist es für die pseudotrotzkistische GIM, ihren sozialistischen Anspruch mit einer Unterstützung der „Grünen“ zu vereinbaren; aber die GIM ist zu jedem Kotau bereit, wenn sie hinter einer „neuen Avantgarde“ her ist. So hat die GIM die „Grünen Listen“ als „Minivolksfronten“ bezeichnet, erklärt sich aber gleichzeitig für deren „kritische Unterstützung“. In der *was tun* vom 21. September reagierten zwei Leser mit einem empörten Leserbrief. Wegen dem stetig abnehmenden Leserkreis des GIM-Organs erscheint es sinnvoll, diesem Brief mehr Publizität zu verschaffen:

> „ ... Wir fördern jede selbständige Organisierung der Arbeiterklasse in Gewerkschaften und Parteien. Politisch unabhängig sind jedoch nur kommunistische Parteien und nur Gewerkschaften unter kommunistischer Führung. Für Wahlen bedeutet das: bedingungslos unterstützen können wir nur eine kommunistische Partei, eine Partei also, mit der wir, sofern wir nur selbst kommunistisch genug sind, ohne weiteres fusionieren können. Die übrigen Arbeiterparteien können wir durchaus kritisch unterstützen. Mindestvoraussetzung ist allerdings deren organisatorische Unabhängigkeit vom Bürgertum. Die Verfasserin des was tun extra benennt aber nicht den Klassencharakter der ‚Grünen'. Von einer neuen Mittelschicht in Anführungszeichen ist die Rede, was auch immer dies sei. Doch wird nicht gesagt, daß die ‚Grünen' keine Organisation der Arbeiterbewegung sind. Sie betrachten sich sogar selbst nicht als solche. Auch wenn linke Teile des Proletariats vor den Grünen kriechen, ändert dies deren Klassencharakter in keinster Weise. Und was für eine Taktik beschließt das ZK? Kritische Unterstützung für die GLH ... ‚unter der Voraussetzung, daß ...'! Insoweit - wie, insofern: das ist nicht neu. Seit wann unterstützen Trotzkisten Volksfronten und seien diese noch so klitzeklein. Aber (was tun extra): Allein die ‚Grünen' gewannen 177 000 Stimmen'. Wenn das kein Grund für eine kritische Unterstützung ist... ‚.. .nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; ... den Massen die Wahrheit sagen, so bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; streng sein in den kleinen Dingen wie in den großen;... das sind die Regeln der IV. Internationale.' (Übergangsprogramm)..

In ihrer unbeholfenen Antwort schreibt die *was tun-Redaktion*:

> „Die Erklärung der GIM zu den Hessen-Wahlen erschien erst in WT 227, weshalb sich die Genossen nicht hierauf beziehen. In dieser Begründung wird die GLH als gemeinsame Kandidatur eines Teils der sozialistischen Linken in opportunistisch verkappter Form' bezeichnet. Das Konzept der ‚grünen' Kandidatur wird explizit abgelehnt. Eine Formulierung ‚unter der Voraussetzung, daß .. .'findet sich dort nicht. Kritische Wahlunterstützung heißt: Unterstützung direkter Aktionen wie der Biblis-Demo (vgl. diese WT); offene Auseinandersetzung mit den politisch-programmatischen Positionen (und Fehlern) der GLH; Aufruf zur Stimmabgabe für die GLH als Ausdruck eines linken Abwendungsprozesses von der SPD.“

Womit die *was* taw-Redaktion natürlich der Frage nach dem Klassencharakter der GLH nicht gerade geschickt aus dem Wege geht. Aber Logik ist nicht die Stärke der *was tun:* das „Konzept“ der „grünen“ Kandidatur wird „explizit“ abgelehnt—nur die Kandidatur selbst wird unterstützt, verstehe, wer kann. Die Vorstellung von kritischer Unterstützung als „Aktion“ (Sturm der Wahllokale?) kann nur als Ausdruck ihrer Verlegenheit ernst genommen werden. Bei ihrem schamlosen Hinterherlaufen hinter allerlei Bewegungen fällt der GIM nur noch ein, ihre endlosen Propagandablöcke als „Aktionen“ zu begreifen.

Wahlenthaltung bei den Hessenwahlen

Die einzigen Arbeiterorganisationen, die bei den Hessenwahlen unabhängig kandidieren, sind die moskaustalinistische DKP und der maoistische KBW. Jedoch betreibt die DKP, trotz scharfer Polemik gegen die Grünen („der Weg in die Sackgasse“), wie üblich eine Politik als linke „Pressure group“ gegenüber der Sozialdemokratie. Krönung ihrer Wahlpropaganda ist die Verteidigung der bürgerlichen Hessischen Verfassung - eine Spitze gegen die klassenkollaborationistische Koalitionspolitik der SPD fehlt natürlich völlig; die DKP würde diese Politik selbst fortsetzen (wie z. B. in Frankreich mit der „Union de la Gauche“). Der KBW, der die Pro-NATO-, Pro-Schah-Politik der Bürokratie der VR China deckt, kann ebensowenig wie die DKP als Ausdruck proletarischer Klassenunabhängigkeit kritisch unterstützt werden.

Bei den Hessenwahlen gibt es keine Kandidatur, die als Schritt zur revolutionären Mobilisierung der Arbeiterklasse kritisch unterstützt werden könnte. Kommunisten müssen gegen sozialdemokratische und stalinistische Klassenzusammenarbeit wie gegen die kleinbürgerlich-populistischen „grünen“ Sackgassen die Tradition des unversöhnlichen Klassenkampfes verteidigen. Die Trotzkistische Liga Deutschlands kämpft für die Durchsetzung eines Programms, das ansetzend an den Tagesnöten des Proletariats unweigerlich zu der Notwendigkeit der proletarischen Weltrevolution führt — die Erfüllung des politischen Erbes Lenins und Trotzkis.

25. September 1978



Straßenkämpfe in Teheran am 8. September

Iran . . .

Fortsetzung von Seite 2

schätzt worden sind, wäre eine Brandstiftung in einem Kino seitens fanatischer Moslems an sich nicht völlig ausgeschlossen. In den meisten Fällen war das Zins- und Alkoholverbot des Koran oder ganz allgemein Haß auf die „dekadente" westliche.Kultur Anlaß zu diesen Angriffen.

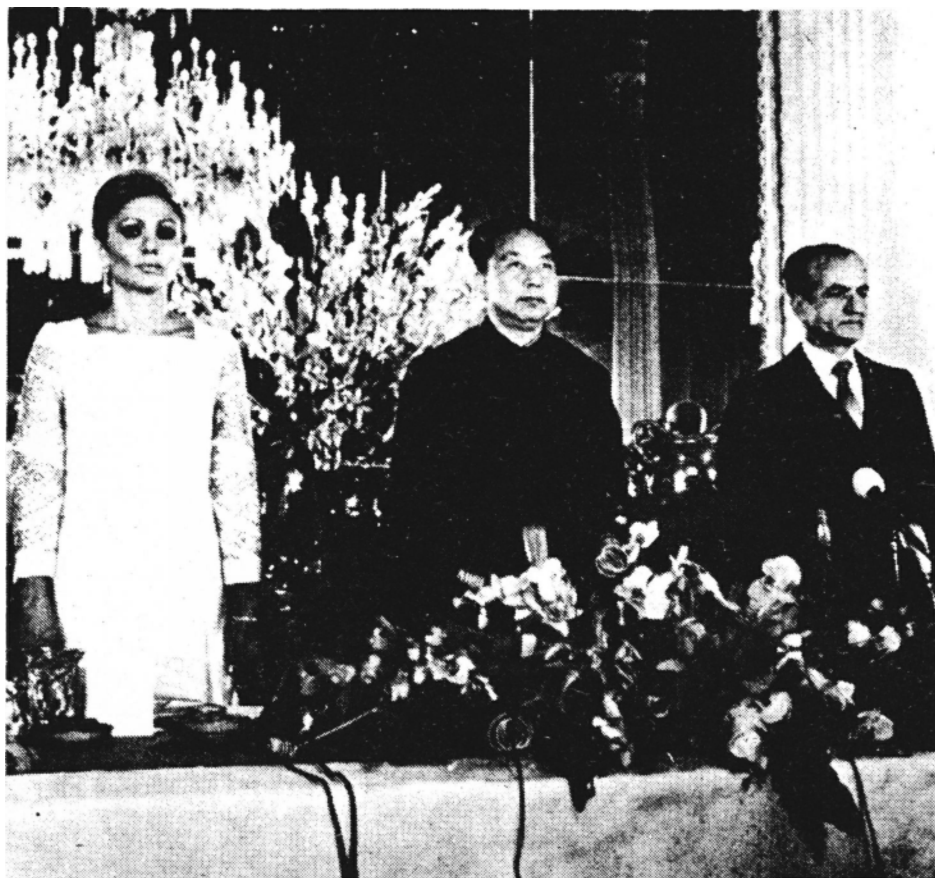
Aber die Begleitumstände sprechen dafür, daß der Brand in Abadan tatsächlich eine Provokation der Regierung war. Obwohl Abadan (das Zentrum der persischen Erdölindustrie) natürlich über ein hochmodernes Brandbekämpfungssystem verfügt und das Kino nur hundert Meter von der nächsten Polizeiwache entfernt lag, tauchten Feuerwehrwagen erst Stunden später am Ort des Geschehens auf. Der Polizeichef Abadans behauptete anfänglich, die Täter hätten Brandbomben benutzt, zog diese Erklärung aber zurück, als bekannt wurde, daß solche Bomben sich in den Händen von Polizei und Armee befinden.

Drei Tage später wurden bei den Begräbnisfeierlichkeiten Polizisten und Beamte der Stadtverwaltung weggejagt. Die Masse der Trauernden, hauptsächlich Verwandte und Bekannte der Opfer, beschuldigte die Polizei der Fahrlässigkeit, ja der Komplizenschaft. Schließlich kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei und zu Angriffen auf Banken und Restaurants. Erst Panzertruppen konnten die Proteste ersticken. Die Ansicht, für den Brand in Abadan sei das Regime verantwortlich, verbreitete sich im ganzen Iran.

Der Schwindel der „Liberalisierung"

Am 27. August verkündete der Schah eine Reihe von Zugeständnissen, um die moslemischen Fundamentalisten und liberalen Bourgeois zu beschwichtigen. Premierminister Amusegar trat zurück und wurde durch Scherif-Emami ersetzt. Der „kaiserliche" Kalender des Schah, der mit dem alten persischen Reich begann, wurde durch den traditionellen Moslem-Kalender ersetzt, und der neue Premierminister schloß Kasinos und andere Spielhöllen. Der Posten für Frauenangelegenheiten wurde abgeschafft und General Ajadi, ein Mitglied der Baha'i Sekte und seit langem den schütischen Moslems des Iran verhaßt, trat zurück.

Wichtiger als diese scheinheiligen Ergebenheitsadressen



Widerwärtig: Während iranische Truppen Demonstranten niederschießen, feiert Vorsitzender Hua den Schlächter Schah. Das Dilemma für iranische Maoisten: Angesichts dieser „Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen" kann man nicht den Schah hassen und gleichzeitig Chinas „revolutionäre Tugenden" preisen.

des Schall gegenüber Allah war die Ankündigung, daß Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit „legitimen" politischen Parteien garantiert werden würden (die moskauorientierte stalinistische Tudeh-Partei und andere linke Gruppen blieben weiterhin verboten). Freie Wahlen für den Sommer 1979 wurden versprochen. Innerhalb eines Tages nach dieser Ankündigung tauchten 14 Parteien auf, die für die Mannigfaltigkeit der politischen Strömungen zeugen, die solange von der Selbstherrschaft des Schah unterdrückt worden sind.

Während einige der „gemäßigten" Oppositionspolitiker und die religiöse Opposition, geführt von Ajatollah Scharriat Madari bereit waren, Scherif-Emamis Aufrichtigkeit auf die Probe zu stellen, fuhren beide, die bürgerlichen Liberalen und die religiöse Opposition fort, die Auflösung des Madschlis und Neuwahlen zu fordern. Ajatollah Chomeini, der im Gegensatz zu Scharriat Madari den Sturz des Schah fordert, denunzierte aus seinem Exil im Irak die „Liberalisierung" als eine „Verschwörung, um das moslemische Volk zu betrügen und seine Bewegung aus der Balm zu werfen". Gewisse Liberale forderten die Abschaffung der SAVAK, der Geheimpolizei des Schah.

Aber ob die Zugeständnisse ein Resultat der Angst oder ein kalkuliertes Manöver waren, es wurde bald klar, daß sie ohne Hand und Fuß waren. 230 gefangene Moslem-Führer blieben im Gefängnis. Der reaktionäre General Abbas Garabaghi, Vertreter einer harten Linie und Kopf der National-Gendarmerie, wurde Innenminister.

Der „iranische Frühling" wurde bald als der Akt eines geschwächten, doch offensichtlich nicht reformierbaren Regimes angesehen. Der Hintergrund für die Demonstrationen des 4. September war gegeben. Schon eine Woche lang war die Hauptstadt Schauplatz fast ununterbrochener Straßenkämpfe gewesen, aber am 4. September gelang es den demonstrierenden Massen, sich mit den Soldaten zu verbrüdern. Unter Rufen wie „Soldaten, ihr gehört zu uns" und „Warum tötet ihr eure Brüder?" überschütteten sie die Truppen mit Blumen: Vom Morgengrauen bis spät in die Nacht blieben die Demonstrationen unbelästigt und in Teheran breitete sich eine Karnevalsatmosphäre aus.

Vier Tage später lagen mehr als tausend Demonstranten tot auf der Straße. Der „iranische Frühling" dauerte nicht länger als elf Tage.

Das Gespenst der amerikanischen Intervention

Hinter der Hülle der „progressiven", „modernistischen" Rhetorik der „Weißen Revolution" erblickt man die nackte Fratze einer brutalen Militärdiktatur. Und vor den Augen des Schahinschah steigt nun die Möglichkeit auf, 'daß sein einziges Bollwerk gegen die wilde Wut der iranischen Massen sich um ihn herum zersetzt. Im letzten Jahr wurden ein Generalmajor und ein führender Beamter der SAVAK hingerichtet, weil sie angeblich Verschwörungen gegen den Schall angezettelt hatten. Amerikanische Reporter interviewten Mannschaftsgrade, Soldaten und Unteroffiziere, welche schworen, eher Selbstmord zu begehen als auf Zivilisten zu feuern.

Es scheint so, als ob einige dieser Männer am 8. September zu ihrem Wort standen und in zumindest einem Fall ihre Gewehre gegen den kommandierenden Offizier richteten.

Sicher waren es nur ausgesuchte Truppen, die durch die Straßen Teherans patrouillierten; eine Truppe, die zu schwach war, um viele der Angriffe auf Geschäfte und Büros aufzuhalten, aber den Vorteil hatte, weniger der „Ansteckungsgefahr" ausgesetzt zu sein.

Es bleibt eine letzte Reserve zur Verteidigung des Schahinschah - dieselbe, die ihn 1953 wieder an die Macht brachte, die sein Arsenal mit Waffen im Wert von Milliarden Dollar aufgefüllt hat und die als sein internationaler Presseagent fungiert: der US-Imperialismus, Schutzherr und Pate des Schall. Kaum waren die Leichen in den Straßen Teherans kalt, telefonierte Carter mit dem Schah, um die „engen und freundschaftlichen Beziehungen" zwischen dem Iran und den USA zu bekräftigen und um seinen Klienten zum „Fortschritt" in der „Liberalisierung" zu beglückwünschen.

Die amerikanische bürgerliche Presse brach sofort in einen Lobgesang für den Schall und seine „Modernisierung" und „Liberalisierung" aus. In fast gleichlautenden Leitartikeln riefen die *\Washington Post*, das *Wall Street Journal*, die *Los Angeles Times* und andere führende „Macher" der (bürgerlichen) „öffentlichen Meinung" einmütig zu unzweideutiger amerikanischer Unterstützung für den Pfauenthron auf. Wie üblich erklärten sie, die iranischen Arbeiter und Bauern brauchten die starke Hand des mordenden Despoten. Besondere Zyniker hielten sich damit nicht einmal auf, sondern forderten einfach die Verteidigung der Profite der Öl-

„Versprechen" zu halten, und statt höflicher Protesttelegramme an den Schah verlangt die Situation dringend, daß die amerikanische Linke und Arbeiterbewegung dafür kämpft, alle Opfer des weißen Terrors des Schah zu befreien, die Waffenlieferungen an den Iran durch Gewerkschaftsaktionen zu boykottieren und die Beendigung aller US-Hilfe für den Schah zu fordern!

Gegen die islamische Reaktion

Aber was ist die politische Basis der gegenwärtigen Opposition gegen den Schah? Es ist nicht-proletarischer Sozialismus. Es ist nicht einmal der bürgerliche Liberalismus eines Mossadegh, obwohl Liberale und Linke in der Bewegung gefunden werden können — als Apologeten der Moslem-Prediger. Nein, im wesentlichen stehen die gegenwärtigen Massenmobilisierungen gegen die Pahlevi-Dynastie unter der ideologischen Herrschaft der Moslem- Fundamentalisten, für die das goldene Zeitalter die Ausdehnung des Islam durch Feuer und Schwert im sechsten Jahrhundert ist.

Die Gewalt der Mullahs über die Massen beruht auf einer kleinbürgerlich-populistischen Ideologie, die in ihrer radikalsten Form von Chomeini repräsentiert wird, der die Konfiszierung des „unmoralisch" erworbenen Reichtums der Reichen fordert. Die ostentative Verschwendung des dekadenten, korrupten, jetsettenden kaiserlichen Hofes macht den



kompanien und die Behauptung des Iran als strategische Bastion des US-Imperialismus gegen die Sowjets. Mit der ganzen Bösartigkeit, die ein Kapitalist mit einem gefährdeten Bankkonto aufbringen kann, beklagte das *Wall Street Journal* (13. September), daß „der Schah bis jetzt eher versucht hat auszugleichen als die offensichtlich tiefsitzende Unruhe im Iran zu zerschlagen".

Es gibt bereits mehr als 35 000 Mann US-Militärpersonal im Iran. Verteidigungssekretär Brown diskutiert nun „die mögliche Entsendung geeigneter US-Truppen zum Schauplatz[4] „ und „100 000 Mann an US-Truppen werden für eine mögliche Intervention am Golf trainiert" *(Los Angeles Times,* 17. August). Eine US-Intervention — ohne Zweifel um „das Leben von Amerikanern zu retten", wie in Santo Domingo 1965 - ist ein reale Möglichkeit.

Carters „Menschenrechts"-Demagogie steht entlarvt als ein zynischer Deckmantel für die Stützung der blutbefleckten Herrschaft der Pahlevis. Statt Carter demütig zu bitten, seine

islamischen Puritanismus anziehend für die iranischen Massen. Dieser reaktionäre „Antiimperialismus" nährt sich von einem virulenten Haß auf alle Aspekte der westlichen Kultur, die die traditionelle islamische Gesellschaft unterhöhlen. Den Kern der sozialen Basis der Mullahs bilden daher neben rückständigen Schichten des Proletariats vor allem die traditionellen Mittelschichten: die Händler und Handwerker des „Basars" und die schmale Schicht der wohlhabenden Bauern.

Der Sieg einer reaktionären Bewegung unter moslemisch-traditionalistischen Vorzeichen würde eine tiefgehende historische *Niederlage* für Kommunisten bedeuten, die eine revolutionäre Befreiung von halbfeudaler Rückständigkeit erstreben. Die religiöse Opposition verkörpert das Erbe des Mittelalters, sie widersetzt sich selbst den erbärmlichen sozialen Maßnahmen, die in den letzten Jahrzehnten zugunsten der Frauen durchgeführt worden sind.

So muß in Ghom, der heiligen Stadt der Moslems und Hochburg Scharriat Madaris, jedes Mädchen, jede Frau ab ihrem

vierten Lebensjahr den *Tschador*, den schwarzen Schleier tragen, der die jahrhundertelange brutale Unterdrückung der Frau durch die islamische Gesellschaft symbolisiert. Was Chomeini angeht, so erklärte er: „Wir wollen die Frauen von der Korruption befreien, die sie bedroht" *(Le Monde*, 6. Mai). Seine Anhänger deckten die tatsächliche Bedeutung dieser diplomatischen Äußerung auf, als sie im Februar auf den Straßen von Täbris den Sprechchor „Tod oder Schleier" skandierten.

Sich in die Tradition der Moslemführer stellend, die in der Revolution von 1906 gegen die Monarchie, für eine Verfassung und ein Parlament kämpften, können Chomeini und Scharriat Madari heute als Verfechter demokratischer Rechte gegen die Tyrannei des Schah posieren. Nur Narren können das glauben! Es gibt zahlreiche Fälle diktatorischer Moslemstaaten mit einer parlamentarisch-demokratischen Fassade, z. B. Pakistan, Malaysia und Indonesien.

Vor allem aber gilt die ,,Demokratie" der religiösen Moslem-Führer nicht für Kommunisten. Chomeini hat seinen Anhängern befohlen, sich im Kampf gegen den Schah in keinerlei Zusammenarbeit mit Linken einzulassen. Scharriat Madari widersetzt sich der Legalisierung der Tudeh-Partei, da das den Gesetzen des Islam widersprechen würde. Zudem gibt es bei jedem Wendepunkt in der jüngsten Geschichte des Irans (1906, 1946, 1953) viele Beispiele antimonarchistischer und „antiimperialistischer" religiöser Führer, die sich aus Angst vor der Linken und den plebejischen Massen auf die Seite des Pfauenthrons geschlagen haben.

Die Hunderttausende, die jetzt hinter den Mullahs marschieren, sind keineswegs alle Moslem-Fundamentalisten. Viele von ihnen sind in erster Linie durch ihre Feindschaft gegen die wirklichen Verbrechen des Schah motiviert. Viele linke Arbeiter haben wahrscheinlich an dem teilgenommen, was für sie eine potentiell erfolgreiche Opposition gegen das verhaßte Regime ist. Die Massen jedoch, besonders die Arbeiter, die jetzt die Chomeinis und Scharriat Madaris unterstützen, müssen und können von der gegenwärtigen reaktionären islamischen Offensive weggerissen und für eine *Sozialrevolutionäre* Opposition gegen den Schah gewonnen werden.

Jetzt, wo diese mittelalterlichen Moslems den Sturz des Schah auf den Straßen Irans fordern, haben die feigen Reformisten der Socialist Workers Party (SWP - amerikanische Schwesterpartei der GIM) schließlich die Losung „Nieder mit dem Schah" aufgestellt. Die SWP glaubt, daß der „Antiimperialismus" der Mullahs und die Forderung nach parlamentarischer „Demokratie" eine eigene revolutionäre Stoßrichtung haben. Die SWP sieht sich jedoch mit dem Dilemma konfrontiert, ihre unkritische Unterstützung für die Moslem-Prediger mit ihrer Pose als den „besten Kämpfern" gegen die Unterdrückung der Frauen zu vereinbaren. Einmal mehr nahmen diese Sozialdemokraten Zuflucht zu der „Fälscherschule der SWP", indem sie ein Bild des Teheraner Marsches brachten und behaupteten, daß „Frauen eine bedeutende Rolle in den Protesten des 4. September spielten" (*Militant*, 22. September). Die Bildunterschrift vergißt zu erwähnen, daß alle Frauen in einen Schleier gehüllt sind!

Darüberhinaus läuft die gesamte iranische Linke hinter den Moslem-Führern her. Die Tudeh-Partei beschuldigt den Schah, „Respekt gegenüber den fundamentalen Prinzipien des Islam zu heucheln und ... demagogische Maßnahmen zu ergreifen..." *{Le Monde*, 1. September). Ihr Programm reicht nicht über die Konfiszierung des Eigentums der kö-



Bürgerlicher Nationalist Mossadegh. Er wurde 1953 durch einen vom CIA organisierten Putsch gestürzt.

niglichen Familie hinaus. Und was ist mit den maoistischen und guerillaistischen Gruppen, die den Reformismus der Tudeh-Partei heftig denunzieren? Auch sie sprechen nur von den „fortschrittlichen religiösen Führern", unterstützt von den verschiedenen Flügeln der Iranian Students Association. Ein besonders groteskes Beispiel war ein Flugblatt der Federation of Iranian Students und der südkalifornischen Iranian Students Association, das sich mit Chomeini verbündete, indem es die „korrupte pornographische Kultur" angriff.

Die iranische Linke marschiert so auf dem Weg in den Selbstmord. Eine iranische islamische „Republik" hätte zahlreiche Präzedenzfälle für eine Kampagne um die Linke auszulöschen, von Libyen über Pakistan bis Indonesien, wo die Armee, gestützt von fanatischen Moslem-Studenten, mehr als eine halbe Million Linke, Arbeiter- und Bauernmilitante abschlachtete. Was auch immer ihre „antiimperialistische" Heuchelei betrifft, keiner der Staaten, die auf den Koran schwören, hat den Kapitalismus und die Beherrschung durch den Imperialismus abgeschafft.

Für die proletarische Revolution im Iran

Das iranische Proletariat war nicht immer nur einfach das Fußvolk der Ulema. Nachdem die Allierten 1942 den damals regierenden Vater des Schah abgesetzt und russische Truppen den Nordwesten und britische den Süden Irans besetzt hatten, besaß die neue Regierung kaum Autorität. Im ganzen Land entbrannte der Klassenkampf. Zwischen 1942 und 1946 führten die Arbeiter der Stadt Isfahan drei Generalstreiks durch und wurden schließlich von den Unternehmern ausgesperrt. Infolge der Aussperrung besetzten die hungernden Arbeiter die Kornspeicher und die Fabriken; sie mußten von bewaffneten Stammeskriegern niedergeschlagen werden.

In bestimmten Gebieten in Nordiran lag die administrative und richterliche Gewalt einzig und allein in Händen des von der Tudeh-Partei organisierten Zentralrats der iranischen Gewerkschaften und seinen Arbeitermilizen, die Steuern einnahmen, Reisedokumente ausstellten usw. In Masanderan übernahmen die Arbeiter die Fabriken, und in den Straßen von Teheran kam es zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Streikenden und der Armee. In der Provinz Chusistan im Südwesten wurde ein blutiger Kampf gegen die britischen Ölgesellschaften geführt. Obwohl die Arbeiterklasse bewaffnet und unabhängig organisiert war, fehlte die revolutionäre Avantgardepartei, die sie hätte zum Siege führen können. Die Tudeh-Partei verriet 1946 den Ölstreik und erhielt dafür drei Kabinettssitze. Wiederholt verrieten die Stalinisten für diplomatische Manöver der Kreml-Bürokratie die Kämpfe der iranischen Massen.

Heute beginnt die iranische Arbeiterklasse gerade erst wieder in den Kampf einzutreten. Während der ganzen sechziger Jahre fanden militante aber isolierte Streiks statt, doch die Veteranen der Kämpfe aus den vierziger und fünfziger Jahren sind stark dezimiert, und eine neue Generation von Proletariern ist aus den Dörfern in die Fabriken geströmt. Unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei kann dieses Proletariat, das im Kampf für die elementarsten Rechte der blutigen Repression durch die Diktatur des Schah heftigen Widerstand leistet, sein gesellschaftliches Gewicht an der Spitze aller anderen unterdrückten Schichten der iranischen Gesellschaft in die Waagschale werfen.

Die Unterstützung, die die Moskau- und Pekingstalinisten den moslemischen Führern zukommen lassen, dient nur dazu, die iranischen Massen ideologisch an ihre verräterischen Klassenfeinde zu ketten. Im Gegensatz dazu propagiert der revolutionäre Trotzkismus ein Programm, das Teile der Kleinbourgeoisie von ihrer islamischen Führung zu brechen imstande ist: Zerschlagt die Diktatur des Mörder-Schah durch die proletarische Revolution! Für eine revolutionär- demokratische konstituierende Versammlung auf der Grundlage allgemeiner und gleicher Wahlen! Zerschlagt die SAVAK! Das Land dem, der es bebaut! Nur das siegreiche Proletariat kann die Durchführung dieser Forderungen wirklich garantieren, indem es die gesellschaftlichen Grundlagen hinwegfegt, auf denen sowohl die Pahlevi-Autokratie wie der religiöse Obskurantismus der Ulema beruht, und so den Iran von jeglicher imperialistischer Herrschaft befreit. Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 215, 22. September 1978

ERNEST MANDEL: ZENTRIST FÜR JEDE SAISON


KK Foto

Übersetzt aus der englischsprachigen Ausgabe des Spartacist Nr. 25, Sommer 1978. Eine gekürzte Fassung wurde von unseren amerikanischen Genossen der Spartacist League als Flugblatt auf einer New Yorker Veranstaltung verteilt, auf der Ernest Mandel über die ,,ökonomische Weltkrise" sprach. Ein Bericht über diese Veranstaltung findet sich in Workers Vanguard Nr. 205, 12. Mai 1978. - Nach den USA hat jetzt auch die Bundesrepublik das Einreiseverbot für Mandel aufgehoben. Die TLD hat stets gegen diese antidemokratische Maßnahme protestiert. Wir begrüßen die Aufhebung des Verbots nicht zuletzt auch deswegen, weil sie es uns ermöglicht, uns mit diesem zentristischen Scharlatan auch in der BRD von Angesicht zu Angesicht auseinanderzusetzen.

Ernest Mandel ist ein linker Akademiker von Weltruf, der von Kontinent zu Kontinent jettet, um Vorträge zu halten und Interviews zu geben, der produktive Autor von Büchern und Artikeln, ein „Star", dessen Ansichten eifrig von Publikationen, die up-to-date sein wollen, und sogar von respektablen bürgerlichen Zeitungen *und* Magazinen aufgegriffen werden. Er ist vielleicht der bekannteste aus der Zunft der Ökonomen, die sich auf die marxistische Tradition berufen, und steht dem orthodoxen Leninismus näher als ein Sweezy oder Bettelheim. Und schließlich ist er der Inbegriff eines engagierten Intellektuellen, der aus den Hörsälen von Leuven oder Berlins „Freier Universität" zu Sitzungen des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale", dessen Hauptsprecher er ist, oder zu Konferenzen mit Beamten der Planungsbehörde in Havanna eilt. Für die Massenmedien und imperialistischen Regierungen ist Mandel die Verkörperung der „trotzkistischen Gefahr", ein schwarzes Schaf, dessen Einreise mit Hilfe der Geheimpolizei oder einer Gesetzgebung im Stil McCarthys verhindert werden muß.

Sieht man ab von der periodisch auftretenden reaktionären Hysterie über eine „terroristische Vierte Internationale", so erfreut sich Mandel eines guten Rufes in erstaunlich unterschiedlichen Kreisen, die von ausgesprochenen Liberalen bis zu schamlosen Stalinisten reichen. Dies steht in solch schroffem Gegensatz zu den Angriffen und Verfolgungen, denen Leo Trotzki und die Kommunisten der Vierten Internationale zu seinen Lebzeiten ausgesetzt waren, daß man unwillkürlich nach dem Grund fragt. Wenn dieser Mann der unversöhnliche Feind jeder bestehenden Klassenherrschaft und bürokratischen Unterdrückung ist, ein entschlossener Verteidiger des authentischen Marxismus und Leninismus gegen den Revisionismus gleich welcher Couleur, der leidenschaftlich die Verräter an der Sache des Proletariats anprangert — warum wird er dann nicht weltweit gehaßt? *Die Antwort ist einfach: Ernest Mandel ist kein Trotzkist, sondern ein Betrüger. Jeder, der gekommen ist, um einen genuinen Bolschewisten-Leninisten zu hören, hat sein Fahrgeld umsonst ausgegeben.*

Denn obwohl er ganz gut weiß, was bolschewistische Unversöhnlichkeit heißt, und orthodoxe Polemiken mit der gleichen Leichtigkeit schreibt wie er revisionistische Rechtfertigungen ausspuckt, hat Mandel nämlich im letzten Vierteljahrhundert an jedem entscheidenden Wendepunkt *gegen* eine trotzkistische Perspektive und ein trotzkistisches Programm gekämpft. Er hat seinen Scharfsinn und seine beeindruckende Belesenheit eingesetzt, um revisionistische „theoretische" Rechtfertigungen für jede radikal- kleinbürgerliche opportunistische Sackgasse zu fabrizieren: „Student Power", bewaffneter Kampf von Bauern-Guerillas, Volksfrontpolitik. In den sechziger Jahren, auf dem Höhepunkt der „Studentenmacht", fuhr er voll auf diese Marotte der Neuen Linken ab. Anstatt hervorzuheben, daß die Mobilisierung des Proletariats immer noch der Schlüssel zur proletarischen Revolution ist, schrieb er über die Integration der Arbeiterkämpfe im „Neokapitalismus", und seine Anhänger unterstützten ein Programm für die „Rote Universität". Als „Che „ Guevara zum Gegenstand kultischer Heldenverehrung der Studenten wurde, entpuppte sich Mandel als Lehnstuhl-Guerillero, der seine Anhänger in Castros guerillaistische „Internationale", die totgeborene OLAS, schickte, statt auf die unabdingbare Notwendigkeit einer leninistischen proletarischen Avantgarde-Partei zu insistieren

die den Kampf der arbeitenden Massen anführt.

Heute jagt er wieder hinter dem her, was zur Zeit in Europa hoch im Kurs steht: Volksfrontpolitik und Eurokommunismus. Während Trotzki die proletarische Opposition zur Volksfront als den Schlüssel zur revolutionären Strategie in dieser Epoche bezeichnete, als „das beste Kriterium für die Scheidelinie zwischen Bolschewismus und Menschewismus“, weigerten sich Mandels Anhänger in Frankreich, die „Union de la Gauche“ als Volksfront zu charakterisieren. Aus Angst, sich von den Massen zu „isolieren“, liefen sie ihnen hinterher und stimmten wie sie für die Kandidaten der Volksfront. Und während die Eurokommunisten von Jimmy Carters antisowjetischer Menschenrechtskampagne eingefangen wurden, brachte Mandel zum Ausdruck, er „hoffe und glaube“, daß die „führenden Genossen“ der spanischen KP „auf den Pfad des revolutionären Marxismus“ zurückkehren werden durchweg eingefleischte reformistische Verräter wie Carrillo, der an der amerikanischen Yale- Universität eine Streikpostenkette überquerte, aus Dankbarkeit dem State Department gegenüber, das ihm die Einreise in die USA erlaubt hatte.

Selbst Leute, die recht wenig mit dem Trotzkismus vertraut sind, können leicht erkennen, daß jemand wie Mandel nicht das Geringste mit den heldenhaften Kämpfern der Linken Opposition zu tun hat, deren Führer 1940 auf Stalins Befehl erschlagen wurde. Denn, wenn Spontaneisten der Studentenbewegung, guevaristische Guerillas und Volksfronten einen revolutionären Kampf führen können, wofür braucht die Arbeiterklasse dann eine trotzkistische Partei? Wenn Mandel die Möglichkeit in Betracht zieht, daß die stalinistischen Reformisten der spanischen KP zum revolutionären Marxismus „zurückkehren“ könnten, dann hatte Trotzki tatsächlich unrecht, wenn er die Komintern als endgültig auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen charakterisierte und somit für den revolutionären Kampf abschrieb, nachdem Stalin zugelassen hatte, daß Hitler 1933 ungehindert die Macht ergreifen konnte. Dann war fünf Jahre später die Gründung der Vierten Internationale bestenfalls ein schrecklicher Fehler.

„Die vielen Gesichter und langen Wellen Ernest Mandels“

Mandel wird in New York über die Weltwirtschaftskrise sprechen. Es ist das Thema der Ökonomie, durch das er als Popularisierer und Interpret von Marx in der Periode des Monopolkapitalismus bekannt geworden ist. Mandels *Marxistische Wirtschaftstheorie* ist das meistgelesene Buch seiner Art, und ihn umgibt ein bestimmtes Fluidum, theoretisch immer etwas Neues hervorzaubern zu können, wie zum Beispiel die Wiederentdeckung der Theorien des russischen Ökonomen Kondratieff über die ‚Langen Wellen“ (ausgearbeitet in seinem Buch *Spätkapitalismus).* Er erscheint oft orthodox, vergleicht man ihn mit anderen pseudomarxistischen Theoretikern, wie zum Beispiel Paul Sweezy, der die Mehrwerttheorie entstellt, um seine aus der Neuen Linken stammende Theorie eines krisenfreien Monopolkapitalismus zu rechtfertigen, oder Charles Bettelheim, der gezwungen ist, den Kapitalismus neu zu definieren, um das maoistische Dogma vom „sozialimperialistischen“ Charakter der Sowjetunion zu rechtfertigen. Aber in Wirklichkeit sind Mandels ökonomische Schriften Stiefkinder seiner politischen Gelüste; sie sind reinster Impressionismus, mit marxistisch klingendem Jargon aufgeputzt.

Um nur ein Beispiel zu nennen: *Warum* kam unser „Theoretiker“ ausgerechnet mit Kondratieffs „langen Wellen“ heraus? (Er behauptet, daß die Periode zwischen 1945 und 1966 eine „lange Phase rapiden Wachstums nach dem Kriege“ darstellte, in der durch angeblich wirksame antizyklische Maßnahmen des kapitalistischen Staates eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise von 1929 unmöglich gewesen wäre. Im Gegensatz dazu befinden wir uns gegenwärtig — entsprechend seiner Theorie — in einer langfristigen Abschwungsphase, in der die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter gegen die Profitgier der Bosse anrennen.) Zuerst einmal wollen wir bemerken, daß Mandel seine Behauptungen nicht mit ökonomischen Daten untermauern kann. Aus dem 19. Jahrhundert sind keine erhältlich, den Aufschwung in der Mitte und am Ende der zwanziger Jahre ignoriert er wohlweislich, um die gesamte Periode zwischen den Welt- - kriegen als eine Abschwungsphase darstellen zu können, und der „Nachkriegsboom“ ist ein Mythos — der international sehr ungleichmäßig auftrat, mit vielen Auf- und Abschwüngen.

Nein, die Ursache von Mandels Theorie der langen Wellen ist politischer, nicht ökonomischer Natur. Es ist eine unehrliche, objektivistische Methode, die die Tatsache rechtfertigen soll, daß er während der sechziger Jahre die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern als revolutionäre Kraft abgeschrieben hatte. Zu dieser Zeit sprach er nicht vom „Spätkapitalismus“, sondern von dem auf der „dritten industriellen Revolution“ (Automation und Atomkraft) basierenden „Neokapitalismus“. In seiner Broschüre *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie* redet Mandel von dem „neokapitalistischen Experiment ..., dem wir heute beiwohnen ...“, von „einer langfristigen Expansionsperiode des Kapitalismus...“ Das steht in direktem Widerspruch zu Lenins These, daß die imperialistische Epoche die des *Verfalls* der Produktivkräfte ist - der „Todeskampf des Kapitalismus“, wie Trotzki es im Titel des Gründungsprogramms der Vierten Internationale formulierte.

Und was sind nun die Schlußfolgerungen aus dieser langfristigen Expansion? Mandel schreibt:

„Der langfristige Zyklus, der nach dem 2. Weltkrieg begonnen hat, und in dem wir uns noch immer befinden ... zeichnet sich dagegen durch Expansion aus. Durch diese Expansion sind die Diskussions- und Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse recht groß. So ist es möglich, das System aufgrund von Zugeständnissen an die Arbeiter zu konsolidieren ... Die neokapitalistische Politik fußt auf einer ziemlich engen Zusammenarbeit zwischen der expansiven Bourgeoisie und den konservativen Kräften der Arbeiterbewegung, sie fußt auf einer tendenziellen Steigerung des Lebensstandards der Arbeiter.“

Mandel sollte mal versuchen, diese Position heute dem kleinbürgerlich-radikalen Milieu zu servieren! Er würde keine Abnehmer finden. Aber damals war dies ein beliebtes Thema aller Theorien über die „neue Arbeiterklasse“, und unser „marxistischer“ Ökonom griff, wie immer, gerade das auf, was en vogue war, und entwickelte dazu eine Theorie, die dem oberflächlichen Eindruck entsprach.

Was die Bereitschaft der Bosse betrifft, die Arbeiter mit „Zugeständnissen“ einzukaufen, so genügt, es, an die Brutalität zu erinnern, mit der die amerikanische Bourgeoisie

1959 den Streik der Stahlarbeiter niederschlug, um diese Behauptung zu widerlegen.

Aber Mandels Theorie ist mehr als eine Entstellung der Tatsachen: sie ist eine Rechtfertigung für den Verrat. Das beste Beispiel ist sein eigenes verräterisches Verhalten während des belgischen Generalstreiks 1960/61 (ein Ereignis, das nach seiner Theorie des „Neokapitalismus“ niemals hätte stattfinden dürfen). Mandel war Herausgeber der Zeitschrift *La Gauche*, die sich unter der Obhut von André Renard, einem führenden Gewerkschaftsbürokraten, als Sprachrohr eines breiten linken Flügels in der belgischen sozialistischen Partei verstand — vergleichbar mit der heutigen *Tribune* in England. Damals vertrat *La Gauche* ein Programm der ,,Strukturreformen4' einschließlich der Beseitigung des *loi unique* (des arbeiterfeindlichen Austeritätsprogramms der christdemokratischen Regierung), Nationalisierung der Energieindustrie, staatliche Wirtschaftsplanung, Kontrolle über die Monopole, Kürzung der Rüstungsausgaben um die Hälfte usw., mit anderen Worten, ein äußerst gemäßigtes sozialdemokratisches Reformprogramm.

Als die Arbeiter auf Massenversammlungen ,,Nieder mit der Eyskens-Regierung!“ riefen und sich ein Generalstreik gegen das *loi unique* anbahnte, schrieb Mandels *La Gauche* am 24. Dezember 1960: ,,Die Arbeiter befürchten, daß die belgische sozialistische Partei erneut in eine Regierungskoalition eintreten wird, wenn die Regierung in der jetzigen gesellschaftlichen Krise zu Fall gebracht wird.. Dies sei nur dann annehmbar, wenn ,.1) die neue Regierung das *loi unique* abschaffen würde, und 2) die wesentlichen Punkte der Strukturreformen in die Regierungspolitik mit einbezogen werden würden. So erkannte Mandel im Namen von „Strukturreformen“ eine bürgerliche Koalitionsregierung an.

Aber das war nicht alles. Die Ausgabe von *La Gauche* vom 1. Januar 1961 erschien mit der folgenden roten Schlagzeile: „Organisiert den Marsch auf Brüssel!“ Doch Mandel hatte Pech, denn damit kam er seinem Mentor Renard in die Quere, der überhaupt nicht daran dachte, es auf eine Kraftprobe mit der Eyskens-Regierung ankommen zu lassen. Eine Woche später argumentierte *La Gauche* gegen die Konzentrierung aller Kräfte an einem Ort und rief stattdessen zu Guerilla-Taktiken auf. Am 14. Januar fühlte sich Mandel genötigt, eine kriecherische Kapitulation zu veröffentlichen:

„Uns wird vorgeworfen, die Losung des Marsches auf Brüssel aufgestellt zu haben. Nachdem wir gemerkt haben, daß diese Forderung von den Führern nicht aufgegriffen wurde, unterwerfen wir uns; aber wir heben hervor, daß in dem Moment, in dem unser Aufruf letzte Woche erschien, noch keine Hinweise auf diese Tatsache bekannt waren.44 Das ist natürlich richtig. Hätte Mandel gewußt, daß Renard sich entschieden gegen einen Marsch ausgesprochen hatte, hätte er niemals den Aufruf veröffentlicht.

Ein weiteres Thema, über das Mandel auf dieser Vortragsreise sprechen wird, sind die Pariser Mai-Ereignisse 1968. Was er nicht erwähnen wird, ist die Tatsache, daß seine Theorie des ,,Neokapitalismus“ ihn ein Programm vertreten ließ, das den arbeitenden Massen sagte, sie sollten *nicht* um die Staatsmacht kämpfen. Damals streikten zehn Millionen Arbeiter, die die bürokratische Kontrolle der KP und der Gewerkschaften zu durchbrechen drohten. Aber weil „es noch keine genügend einflußreiche, organisierte, vereinigte Avantgarde links von der KP gibt, die die Massen unmittelbar zum Sieg führen könnte“, schrieb Mandel: „Gerade hier erhält die Strategie der antikapitalistischen Strukturreformen, der ‚Übergangsforderungen4 ihre volle Gültigkeit“ *(Militant*, 14. Juni 1968). Für Trotzkisten sind Übergangsforderungen Teil eines Programms, das ,,unabänderlich zu



Sitzstreik in Citroen-Autofabrik im Mai '68. Während zehn Millionen Arbeiter im Streik standen, forderte Mandel „antikapitalistische Strukturreformen“.

ein und demselben Schluß führen muß: die Eroberung der Macht durch das Proletariat". Mandel jedoch erklärte, daß „die Massen die Macht nicht ergreifen können" und forderte daher „Strukturreformen" (Arbeiterkontrolle über die Produktion, Offenlegung der Geschäftsbücher, Schluß mit dem Bankgeheimnis), die ausdrücklich *nicht* als Herausforderung an die kapitalistische Herrschaft, sondern nur als „Garantien" verstanden wurden.

In den siebziger Jahren hörte Mandel auf, vom „Neokapitalismus" zu reden, und bald entdeckte er, daß die lange Welle des „Nachkriegsbooms" eine Talfahrt antrat. Es war jedoch nicht die ökonomische Situation, die sich geändert hatte. Die Wirtschaftsbedingungen 1968 in Frankreich und ' 1969 während des „heißen Herbstes" in Italien waren mit denen Anfang der sechziger Jahre vergleichbar. Was war geschehen? Die Studenten-"Avantgarde", hinter der Mandel hergelaufen war, entdeckte während der Mai-Ereignisse in Frankreich die Arbeiterklasse. Als die maoistisch / syndikalistischen Gruppen zu wachsen begannen, wechselten die Mandelianer aus Angst, links überholt zu werden, die Pferde und jagten nun hinter einer „neuen Massenavantgarde" (und später einer „breiten Massenavantgarde") unter Einschluß radikalisierter Arbeiter her. Auch Mandels augenblickliche ökonomische Prognosen, oberflächlich orthodoxer als seine „neokapitalistischen" Verrenkungen, stehen in Wirklichkeit trotzkistischen Positionen nicht näher. Sie dienen nur als Entschuldigung für seinen Kniefall vor spontaner Arbeitermilitanz und für seine Weigerung, das gesamte Übergangsprogramm in die Gewerkschaften hineinzutragen.

Pablo und Mandel

Ernest Mandel brach vor mehr als 25 Jahren mit dem Trotzkismus, zu einer Zeit, als sich die Vierte Internationale in einer großen Krise befand, die 1953 zur Spaltung und dann zur Zerstörung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution führte. Pabloistisches Liquidatorentum war die Ursache dieses schrecklichen Schlags für den Welttrotzkismus. Nach einem ersten zögernden Schritt, die revisionistische Strömung zu bekämpfen, kapitulierte Mandel bald und diente den Liquidatoren als Rechtfertiger und Deckmantel. Diese Kapitulation enthüllt einen wichtigen Charakterzug Mandels: seine politische Feigheit, die unvereinbar ist mit der Rolle eines revolutionären Führers. Seitdem ist Mandel wesentlich eine intellektuelle Prostituierte gewesen, für alles zu haben, was die Linke zur Zeit bewegt. Genau das erklärt seine weitverbreitete Popularität, weil er aufgreift, was gerade gefragt ist. Aber der Preis für diese Popularität ist seine hartnäckige Weigerung, revolutionäre Führung zu geben — „den Massen die Wahrheit zu sagen, gleich wie bitter sie auch sein mag".

Aufgrund der führenden Rolle, die die Stalinistischen Parteien Westeuropas im Widerstand gegen die Nazi-Okkupation Ende der vierziger Jahre insbesondere in Frankreich und Italien gespielt hatten, waren sie in der Lage, ihren Einfluß erheblich auszuweiten und zu konsolidieren. Die Kräfte der Vierten Internationale, die während des Zweiten Weltkriegs aufgrund der Ermordung vieler Trotzkisten durch Stalinisten und Faschisten empfindlich geschwächt waren, standen größtenteils am Rande der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig führte der Beginn des Kalten Krieges zu einer härteren Linie des Kreml, während Impressionisten aus der Entstehung der bürokratisch-deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa und China schlußfolgerten, daß die Stalinisten vielleicht nach links gedrängt werden könnten.

Unter diesen Umständen forderte der Druck der Isolation von der Vierten Internationale seinen Tribut. Eine revisionistische Strömung, angeführt von Michel Pablo, dem Kopf des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale, begann sich bemerkbar zu machen. In einem Artikel vom Januar 1951 mit dem Titel „Wohin gehen wir?" entwickelte Pablo seine , „Krieg/Revolution"-These, der zufolge der Dritte Weltkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unmittelbar bevorstehe und die westeuropäische Arbeiterbewegung dieser Dynamik untergeordnet sei. Mehr noch: unter dem Druck der Massen, so schrieb Pablo, würde es „den Kommunistischen Parteien unter bestimmten Umständen möglich sein, in groben Zügen eine revolutionäre Orientierung zu entwickeln". Da er deshalb die Möglichkeit in Betracht zog, daß sich revolutionäre Situationen entwickeln würden, bevor die trotzkistische Avantgarde bedeutende Kräfte um sich geschart hätte, forderte Pablo eine Politik des „Entrismus sui generis", nach der die Sektionen der Vierten Internationale in die stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien eintreten sollten, mit der Perspektive, dort für lange Zeit zu verbleiben, um die Reformisten nach links zu drängen.

Dieses Programm nahm der Vierten Internationale ihre Existenzberechtigung. In vielen Sektionen begann sich entschiedener Widerstand gegen Pablos Schema zu regen. Als sich die Führung der französischen Sektion weigerte, den Weg des „tiefen Entrismus" in die Kommunistische Partei einzuschlagen, erklärte sie Pablo mittels einer bürokratischen Maßnahme, die eines kleinen Stalins wert gewesen wäre, für suspendiert. Interessanterweise erschien die erste Opposition gegen den Pabloismus in Form eines Dokuments von Ernest Germain (Parteiname von Mandel), das als die „Zehn Thesen" bekannt wurde. Auf den ersten Blick war es nicht mehr als eine erneute Darstellung anerkannter Wahrheiten über die konterrevolutionäre Politik des Stalinismus. Obwohl sich Mandel die allergrößte Mühe gab, Pablo namentlich nicht anzugreifen, war das Dokument in Wirklichkeit ein versteckter Angriff auf das Programm, das Pablo in „Wohin gehen wir?" vertrat. Germain stellte in seiner zehnten These fest:

„... daß die neue revolutionäre Welle schon im Keim die Zerstörung der Stalinistischen Parteien als solche in sich trägt, das ist der Grund, warum wir heute den kommunistischen Arbeitern viel näher sein sollten. Dies ist jedoch nur eine Etappe in der Erfüllung unserer grundsätzlichen Aufgabe, nämlich neue revolutionäre Parteien aufzubauen."

Mandel/Germain war jedoch nicht in der Lage, das von Pablo dominierte Internationale Sekretariat für diese Thesen zu gewinnen. Ohne den für einen harten Fraktionskampf nötigen Mut – obwohl nichts geringeres als die Existenz der Vierten Internationale auf dem Spiel stand – gab



Französische Volksfront: Nach Mandel ruft ein solches Bündnis der Klassenversöhnung eine „revolutionäre Dynamik“ hervor.

er dem Druck Pablos nach. Später wurde er die Speerspitze des diktatorischen Generalsekretariats gegen die Mehrheit der Führung der französischen Sektion (PCI), die seine von ihm selbst preisgegebenen „Zehn Thesen“ unterstützt hatte. Als Antwort auf diesen feigen Verrat schrieb Favre- Bleibtreu, Führer der französischen Antipabloisten, im Juli 1951 an Germain:

„Es ist für uns immer wieder eine Freude. Deine Dokumente zu lesen, deren kulturelles Niveau, Ideenreichtum und Stil uns daran erinnern, daß Du der brillianteste Journalist der Internationale bist und bleibst. Aber diese Lektüre bestätigt mir, daß Dir eine Eigenschaft fehlt, die für einen politischen Führer unabdingbar ist, nämlich Standhaftigkeit in Deinen politischen Ideen. Heute bietest Du der Führung der PCI ein friedliches Plätzchen in den ‚Reihen der internationalen Mehrheit' an, wo Du selbst unrühmlicherweise Zuflucht gefunden hast — nach einigen zögernden Ansätzen von Widerstand gegen die revisionistischen Bekundungen Pablos. Nimm es uns nicht übel, aber wir werden Dir auf diesem Weg nicht folgen, denn für uns wird die Internationale nicht durch Manöver aufgebaut, und schon gar nicht durch Deine lächerlichen Manöver .. Genosse Ernest Germain, verzichte auf Ablenkungsmanöver, hör auf mit Deinem kindischen und unverantwortlichen Doppelspiel, äußere und verteidige Deine Ideen, wie wir selbst sie verteidigen“*(La Veritad*,Nr. 278, Juli 1951).

Es fällt nicht schwer, sich die Erbitterung dieser Genossen vorzustellen, die aus der Vierten Internationale herausmanipuliert wurden, als der „theoretische Star“ dem geringsten Druck nachgab. Aber das Unrecht, das ihnen seine Treulosigkeit zugefügt hatte, läßt sich nicht mit den Verbrechen an den chinesischen Trotzkisten vergleichen, die in die Gefängnisse von Mao Tse-Tungs Stalinistischem Regime geworfen worden waren. Diese grauenvolle Geschichte ist in einem Brief Peng Schu-Tses, Führer der chinesischen Sektion der Vierten Internationale, an den Führer der damals noch trotzkistischen SWP, James P. Cannon, dokumentiert. Einige Zeit, nachdem Peng in Europa angekommen war, versetzte ihm Pablo mit seiner Einschätzung, Maos Partei sei zentristisch, Mao habe sich die zentralen Thesen der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution angeeignet, einen ersten Schlag. Angesichts der Tatsache, daß Peng unter den Schlägen der stalinistischen Repression fliehen mußte, konnte er das nur schwer verdauen.

Die gleiche Stoßrichtung hatte Pablos Resolution über China, die im Juni 1952 vom Internationalen Exekutivkomitee (IEK) angenommen wurde. „Das Schlimmste ist“, schrieb Peng, „daß es in dieser Resolution keine Perspektive für die chinesischen Trotzkisten gibt“. Weiter berichtete er, daß diejenigen, die die Resolution unterstützten, die Auflösung der chinesischen Sektion forderten, um in die Kommunistische Partei einzutreten. Aber einen wirklich harten Schlag versetzte ihm Pablo, als Peng auf dem IEK-Plenum im November 1952 über die brutale Unterdrückung der chinesischen Trotzkisten durch Mao berichtete. Pablo erwiderte, daß das Massaker keine überlegte Aktion gewesen sei, sondern ein Fehler und eine Ausnahme. Im Mai 1953 unter-

breitete Peng dem IEK einen internationalen Hilferuf der chinesischen Trotzkisten und einen offenen Brief an das Mao-Regime, der gegen die Morde und Verhaftungen protestierte. Pablo stimmte der Veröffentlichung des ersteren zu, aber unterdrückte ihn dann doch.

Was den offenen Brief betraf, teilte Germain (mittlerweile Pablos Lakai) Peng mit - dieser gehörte dem IEK und dem Internationalen Sekretariat bis zu seiner Säuberung durch Pablo als Mitglied an - , daß er vollständige Unterstützung für das maoistische Regime hätte zum Ausdruck bringen, seine revolutionären Errungenschaften hätte preisen und erst dann die Verfolgung hätte erwähnen sollen.
Weil Peng das Pekinger Regime als stalinistisch bekämpfte, denunzierte ihn Mandel/Germain als „hoffnungslosen Sektierer“ und weigerte sich, den offenen Brief in der Internationale zirkulieren zu lassen. Die chinesischen Trotzkisten beschimpfte der Revisionist Germain als „Flüchtlinge vor der Revolution“!

Als ob es nicht genug wäre, die maoistische Unterdrückung rein zu waschen, das stalinistische Regime als revolutionär zu preisen, die eigenen Genossen zu verleumden und sich zu weigern, ihre Verfolgung und selbst ihre Abschlachtung öffentlich zu machen, gaben Pablo & Co. Peng darüberhinaus noch die Anweisung, keine Informationen über diese Hexenjagd an eine Gruppe von vietnamesischen Trotzkisten weiterzugeben, die in ihr Land zurückkehren und dort in die Partei von Ho Tschi Minh eintreten wollten. Doch Ho war selbst verantwortlich für die Ermordung des vietnamesischen Trotzkisten-Führers Ta Thu Thau und zahlreicher Mitglieder der Vierten Internationale, die *im* August 1945 den Aufstand gegen die Wiederherstellung der westlichen Kolonialherrschaft über Vietnam anführten! Die Gruppe vietnamesischer Emigranten kehrte zurück, ohne etwas über die blutige stalinistische Repression in China erfahren zu haben — was zweifellos ihren Enthusiasmus für Pablos Taktik des ..tiefen Entrismus“ gedämpft hätte -. und man hat nie wieder etwas von ihnen gehört.

Peng schrieb in seinem Brief, daß er Mandel/Germain für „einen der meistversprechenden neuen Führer in unserer Bewegung“ gehalten hatte, obwohl „ich auch seine mangelnde Fähigkeit zu gründlichen Analysen bei der Beobachtung verschiedener Probleme, sein impressionistisches Temperament, seinen schwankenden und versöhnlerischen Geist, der sich sehr oft bei wichtigen Problemen zeigte und die Leichtigkeit, mit der er seine eigenen Positionen änderte, bemerkt habe“. Es waren die letzteren Eigenschaften — Impressionismus und Feigheit —, die Mandel in Pablos Arme trieben und ihn als revolutionären Führer ruinierten. Aber dies war mehr als eine persönliche Tragödie. Es war ein wesentlicher Faktor, der es Pablo ermöglichte, seine bürokratische Herrschaft über den Apparat der Vierten Internationale zu festigen und sie schließlich zu zerstören. Mandels feige politische Kapitulation erleichterte den Sieg des pabloistischen Revisionismus über die schwache, desorientierte Vierte Internationale, die politische Zerstörung des von Trotzki gegründeten revolutionären Instruments der Weltrevolution. Und das war direkte Sabotage an der dringend notwendigen Verteidigung der chinesischen Trotzkisten, die noch bis auf den heutigen Tag in Maos Gefängnissen sitzen (wenn sie nicht schon längst dort gestorben sind).

Wegen seiner persönlichen Schwächen wurde Mandel nicht nur zum Revisionisten, sondern zum *Verräter* an der trotzkistischen Bewegung.

Das revisionistische Programm des Pabloismus bedeutete nicht nur die Liquidierung des Kampfes für den Aufbau einer trotzkistischen Avantgarde, sondern kam auch bald nach außen hin in einer ganzen Reihe von politischen Kapitulationen vor dem Stalinismus zum Ausdruck. Als sich am 17. Juni 1953 die Arbeiterklasse Ost-Berlins gegen ihre bürokratischen Herrscher erhob — in erster Linie gegen die russische Besatzungsarmee — ging eine Welle der Empörung durch ganz Europa. Der Dramatiker Bertolt Brecht, langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei, verfaßte eine Inschrift voll bitterer Ironie und Resignation: nach Meinung der Regierung habe das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt und könne es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern. „Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ Wie war die Reaktion von Pablos Internationalem Sekretariat auf dieses Ereignis, den ersten mißglückten Versuch einer politischen Revolution in den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten? Es gab ein Manifest heraus, das zur „wahren Demokratisierung der Kommunistischen Parteien“ aufrief — das heißt Selbstreform der Bürokratie — und wohlüberlegt nicht die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aufstellte (*Quatrieme Internationale,* Juli 1953).

Drei Jahre später kapitulierten Pablo, Mandel & Co. erneut vor dem Kreml. Dieses Mal wandten sie den ungarischen Arbeitern, die sich gegen die verhaßte Geheimpolizei und die russische Armee erhoben hatten, den Rücken zu. Im Gegensatz zu Polen versuchten diese Betrüger, die sich Trotzkisten nennen, diesen Versuch einer proletarischen antibürokratischen Revolution in ein ungünstiges Licht zu rücken und schrieben, das Fehlen einer politischen Führung habe „genau solche Fehler und Gefahren provoziert“, die Polen vermeiden konnte, „dank der Führungsrolle, die die Arbeiterpartei nach ihrer Eroberung und Umformung durch die Gomulka-Tendenz ... einer zentristischen, sich aber nichtsdestoweniger nach links entwickelnden Tendenz, zu spielen vermochte...“ *(Quatrieme Internationale,* Dezember

Korrektur

Der letzte Satz im Kasten „Das Programm für den Sieg“ in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 22, Juli 1978, muß vollständig lauten: „Eine Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die die Industrie und die Banken enteignen und die Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Massen organisieren wird!“.

ber 1956). Wieder war die Perspektive, Druck auf die Bürokratie auszuüben, einen Flügel gegen einen anderen zu unterstützen, *nicht* aber die Mobilisierung der Arbeiter für eine unabhängige trotzkistische Partei.

Anfang der sechziger Jahre wendeten sich die Pabloisten jedoch der sogenannten „Dritten Welt“, insbesondere den kleinbürgerlichen Nationalisten Ben Bella (Algerien) und Castro zu. Während sie ganz richtig erkannten, daß die kubanische Bourgeoisie mit den Nationalisierungen im Herbst/Winter 1960 enteignet worden war, gingen sie weiter und gaben der Castro-Führung *politische* Unterstützung. In dieser Frage schloß sich die amerikanische SWP, die 1953 die liquidatorischen Konsequenzen des Pabloismus zu spät, da: für aber entschieden zurückgewiesen hatte, Pablo, Mandel & Co. an. In dem im März 1963 von der SWP vorgelegten Dokument („Für die baldige Wiedervereinigung der trotzkistischen Weltbewegung“) erklärte sie: „In ihrer Entwicklung zum revolutionären Marxismus hat die (castroistische) Bewegung des 26. Juli ein Modell geschaffen, das nun als Beispiel



Ta Thu Thau

für eine ganze Reihe anderer Länder gilt“. Das war das Gründungsdokument des „Vereinigten Sekretariats“, an dessen Spitze heute Mandel steht.

In einem anderen Dokument aus dieser Zeit schrieb SWP-Führer Joseph Hansen, daß Kuba ein Arbeiterstaat sei, „dem bis jetzt die Formen der demokratischen proletarischen Herrschaft fehlen“. Es war sicherlich richtig, daß die Formen ... und der Inhalt fehlten. Dies bewiesen Castro und Guevara tatsächlich ganz überzeugend, als sie 1963 die kubanischen Trotzkisten ms Gefängnis warfen. Trotzkis Buch *Die permanente Revolution* wurde verboten und die Druckplatten mit dem anstößigen Text wurden auf den Druckmaschinen zertrümmert! Guevara, der besondere Liebling des VS, behauptete dann auch noch, die Trotzkisten seien Yankee-Agenten, und versuchte es damit zu begründen, sie hätten längere Zeit einen gewissen Einfluß in Guantanamo (einer Stadt nahe dem US-Stützpunkt) gehabt. Aber gerade zu diesem Zeitpunkt traf sich Mandel im Ministerium für Industrie mit Guevara und beriet „meinen Freund ‚Che' „ in Fragen der Wirtschaftspolitik. Und was empfahl er dem späteren „heroischen Guerillero“? Hat er vielleicht in den Korridoren der Macht „für Arbeiterdemokratie“ gekämpft? Wohl kaum. Man lese etwa, was Mandel in der Zeitschrift von Guevaras Ministerium, *Nuestra Industria*, schrieb:

> „Je unentwickelter die Wirtschaft eines Landes... desto klüger ist es unserer Meinung nach, die entscheidende Macht über die wichtigeren Investitionen und finanziellen Angelegenheiten den zentralen Instanzen vorzubehalten“ („Mercantile Categories in the Period of Transition“, in Bertram Silverman, Hrsg., *Man arid Socialism in Cuba).*

Das ist eine ungeschminkte Rechtfertigung der äußerst irrationalen Wirtschafts-“Planung“ durch die kubanische Bürokratie, welche Entscheidungen so zentralisierte, daß der *lider maximo* alles vom Sitz seines Jeeps aus entschied.

Die stalinistische Unterdrückung störte die Pabloisten nicht. Es schien, als ob nichts sie stören könnte. Als Castro 1966 auf dem Trikontinentalen Kongreß in Havanna seinen berüchtigten, ekelhaften Angriff auf den Trotzkismus startete, schrieb VS-Führer Hansen:

> „So sehr es auch den rechten Flügel der KP-Führung befriedigt haben mag, wurde es von allen Avantgarde-Elementen, die einiges an wirklichem Wissen über die trotzkistische Bewegung haben, bestenfalls als verfehlte Gleichsetzung des Trotzkismus mit der bizarren Sekte von J. Posadas und schlimmstenfalls als nichts anderes denn ein verspätetes Echo der alten stalinistischen Verleumdungen betrachtet, dessen Zweck vollkommen im Dunkeln blieb“ (*International Socialist Review,* November/Dezember 1967).

Für die proletarischen Kämpfer, die in Castros Gefängnissen saßen, war das Ziel dieses Angriffs keineswegs dunkel. Die VS-Apologeten des kubanischen Stalinismus hatten jedoch in einem Punkt recht. Als Castro den Trotzkismus denunzierte, griff er nicht sie, sondern diejenigen an, die die politische Revolution zum Sturz dieses bonapartistischen Regmies und seine Ersetzung durch die demokratische Herrschaft der Räte forderten. Jede Gleichsetzung der kapitulantenhaften Politik des VS mit diesem marxistischen Programm — allein von der internationalen Spartacist Tendenz hochgehalten - wäre gänzlich verfehlt. Wenn die Anklage auf Trotzkismus lautet, dann kann Ernest Mandel mit gutem Gewissen auf „nicht schuldig!“ plädieren.

Vom Guerillaismus zur Volksfrontlerei

Ende der sechziger Jahre wurde die castroistische Bewegung in Lateinamerika für die Mandelianer zum Mittelpunkt

ihrer Suche nach einem raschen Weg zu Ruhm und Glück. So wurde in einer 1969 auf dem „Neunten Weltkongreß" des VS verabschiedeten Resolution frank und frei erklärt: „Sogar in den Ländern, in denen vorher große Mobilisierungen und Klassenkonflikte in den Städten ausbrechen können, wird der Bürgerkrieg zahlreiche Formen des bewaffneten Kampfes annehmen, dessen Hauptachse für eine ganze Periode der Guerilla-Kampf auf dem Lande sein wird" *(die internationale* Nr. 1, 1970). Darum würde die erste Aufgabe von VS-Anhängern in Lateinamerika im folgenden bestehen: ,,a) Integration in die revolutionäre historische Strömung, die von der kubanischen Revolution und der OLAS repräsentiert wird.. Seinem Wesen nach war dies die gleiche liquidatorische Perspektive, die Anfang der fünfziger Jahre von Pablo entwickelt worden war — nur der Adressat der politischen Anbiederungen und Kapitulationen war nun ein anderer.

Mandel hat sich entsprechend seiner Gewohnheit zurückhaltender über den Guerillaismus geäußert als übereifrige „Ergreift-das-Gewehr"-Guevaristen wie z. B. Livio Maitan. Aber hinsichtlich der Kontinuität der pabloistischen Methodologie war Mandel sicherlich aufrichtig: in einem Artikel über „Der Platz des Neunten Weltkongresses in der Geschichte der Vierten Internationale" (1969) schrieb er: „Die Situation begann sich im Laufe der sechziger Jahre zu ändern und besonders im französischen Mai 1968 ist dies am deutlichsten zum Ausdruck gekommen. .. Der Neunte Weltkongreß suchte diesen Wandel der gesamten internationalen revolutionären Bewegung zu vermitteln.

> Das auffallendste Merkmal dieses Wandels war das Auftreten einer neuen revolutionären Avantgarde auf Weltebene, die völlig außerhalb der Kontrolle der stalinistischen und reformistischen Apparate stand und die sich autonom organisierte. Die ersten bedeutenden Anzeichen für dieses Phänomen liegen schon weit zurück: die Bewegung des 26. Juli', die den Guerillakampf zum Sturz der Batista-Diktatur unabhängig von der KP und allen traditionellen Organisationen der kubanischen Linken führte...

Diese Wende ist nicht nur eine Wende hin zur Schaffung unabhängiger Organisationen, die als Attraktionspol für die Militanten der neuen Avantgarde dienen können, die weder Reformisten noch Stalinisten sind und die nationale und internationale Umgruppierungsmöglichkeiten suchen. Sie bringt auch eine Akzentverschiebung mit sich, was die hauptsächlichen Formen der Aktivität der Bewegung betrifft. In diesem Sinne hat sie dieselbe Bedeutung, wie die Wende auf dem Dritten Weltkongreß, aber in einem viel fortgeschrittenerem Stadium des Aufbaus der Internationale." Auf dem Dritten Kongreß der Vierten Internationale entwickelte Pablo erstmals seine Pläne für einen „tiefen Entrismus" in die stalinistischen und sozialdemokratischen Massenparteien. Mandel fährt fort:

> „Auf dem Dritten Weltkongreß ging es darum, mit im wesentlichen isolierten Aktivitäten zu brechen und sich in die revolutionäre Massenbewegung zu integrieren. Auf dem Neunten Weltkongreß ging es darum, mit einer im wesentlichen propagandistischen Praxis zu brechen — d. h„ einer Praxis, in deren Mittelpunkt die Kritik am Verrat und an den Fehlern der traditionellen Führungen stand — ... und in ein Stadium überzugehen, wo wir in der Lage wären, in der Massenbewegung revolutionäre Initiativen zu ergreifen" *(La longue marche de la revolution,* 1976).

In beiden Fällen bestand das Wesen dieser „Taktik" in der Kapitulation vor klassenfremden Kräften. Die amerikanische SWP unter Hansen protestierte gegen die „Guerilla-Wendung" auf dem „Neunten Weltkongreß", aber nur, weil sie einen Block mit Liberalen eingehen wollte, die gegen den Vietnamkrieg waren. Die „Tauben" der Demokratischen Partei waren nicht bereit, sich mit Befürwortern des lateinamerikanischen „Terrorismus" auf eine Plattform zu stellen. Aber das Manöver der Mandelianer zahlte sich nicht aus. Nach Guevaras Katastrophe in Bolivien unternahm Castros OLAS nichts, um „zwei, drei, viele Vietnams" zu schaffen. Und die zwei wichtigsten VS-Gruppen, die am Guerillakampf beteiligt waren, fielen ab: die Bolivianer, um en masse in die Castroistische ELN einzutreten, und die argentinische PRT, die sich 1973 von Mandel & Co. abspaltete.


Ho Tschi Minh

Als es klar wurde, daß der Marsch in die Berge keine Abkürzung des Weges zur Macht in La Paz oder Santiago war, stimmten die moskautreuen Kommunistischen Parteien ihre Litanei vom „friedlichen Weg" wieder an. In Chile sollte die Unidad Populär (UP) das Vehikel dazu sein, eine Volksfront der Kommunistischen und Sozialistischen Partei mit kleinen bürgerlichen Parteien unter Führung von Salvadore Allende.

Zur selben Zeit suchten in Europa die Reformisten unter dem Eindruck der heftigen Arbeiter- und Jugendkämpfe von 1968/69 nach Mitteln, um eine Massenradikalisierung mit revolutionären Implikationen zu kanalisieren. Ihre Antwort war eine neue Welle von Volksfronten: so die französische „Union de la Gauche" und die Strategie des „historischen Kompromisses" der italienischen KP.

Die chilenische Erfahrung war von zentraler Bedeutung. In gewisser Weise wurde sie zur Scheidelinie zwischen dem Guerillaismus Ende der sechziger und der Volksfrontbegeisterung der siebziger Jahre. Chile war auch und vor allem das Schlachtfeld, auf dem das Drama der Volksfront bis zum bitteren Ende gespielt wurde. Der „friedliche Weg" endete in einem Blutbad. Die Verantwortung der Stalinisten und Sozialdemokraten, die Vertrauen in das Offizierskorps und die „demokratische" Bourgeoisie predigten, ist offenkundig. Aber auch Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat kann seine Hände nicht in Unschuld waschen. Erst begrüßten seine chilenischen Anhänger 1970 Allendes Wahlsieg; dann, ein Jahr später, gab das VS selbst eine „einstimmige" Erklärung ab, die die UP als Volksfront bezeichnete, und sogar verkündete:

> „Völlige Unabhängigkeit muß gegenüber einer Volksfrontkoalition gewahrt werden. Revolutionäre können sich an einer solchen Koalition nicht beteiligen, auch nicht in Form einer Wahlunterstützung. (Revolutionäre Marxisten können in bestimmten Situationen für Kandidaten der Arbeiterparteien stimmen, aber nicht für Kandidaten einer Front, die kleinbürgerliche und bürgerliche

Parteien miteinschließt.)“ *{IntercontinentalPress,* 21. Februar 1972).

Eine solche Politik wurde während der chilenischen Wahlen 1970 *nur* von der internationalen Spartacist Tendenz propagiert. Übrigens hat es das VS seitdem niemals abgelehnt, für alle Volksfrontkandidaten zu stimmen. Aber diese seltsame Erklärung weist doch daraufhin, daß sie die orthodoxe trotzkistische Politik gegenüber Volksfronten sehr wohl kennen. Sicher ist, daß keine der verschiedenen Gruppen der chilenischen VS-Anhänger diese Politik jemals betrieben hat. Und im September 1973 unmittelbar nach dem Militärputsch revidierte die mandelianische VS-Mehrheit ihre frühere Einschätzung der UP in einem „Politischen Resolutionsentwurf“, in dem es heißt:

> „... von Anfang an unterschied sie sich von einem klassischen Volksfrontregime dadurch, daß sie ganz offen ihre Entschlossenheit verkündete, den Weg des Sozialismus zu betreten, und daß sie sich offen auf die organisierte Arbeiterbewegung stützte“ *(International Internal Discussion Bulletin* der SWP, Oktober 1973).

Dieser absichtliche Konfusionismus soll das völlige Versagen des VS bemänteln, eine revolutionäre Alternative zu Allende & Co. darzustellen, und er fand bald sein Echo in Europa. In Frankreich rief die mandelianische LCR bei den Parlamentswahlen 1973 zur Stimmabgabe für die „Union de la Gauche“ im zweiten Wahlgang auf; bei den Präsidentschaftswahlen 1974 rief sie zur Stimmabgabe für den Einheitskandidaten der „Union de la Gauche“ (Mitterrand) im zweiten Wahlgang auf ; 1977 rief sie bei den Gemeinderatswahlen zur Stimmabgabe für die Wahllisten der „Union de la Gauche“ im zweiten Wahlgang auf (Kandidaten der bürgerlichen Linken Radikalen eingeschlossen); als klägliches Feigenblatt propagierte sie nur dort die Wahlenthaltung, wo die Liste von einem Radikalen *angeführt* wurde.

In ähnlicher Weise stellte die VS-Sektion in Italien bei den Parlamentswahlen im Juni 1976 Kandidaten für die Wahlliste der Democrazia Proletaria (DC) auf. Zwar links vom Programm der Kommunistischen Partei für eine Koalition mit den Christdemokraten stehend, trat die DP für eine Volksfront chilenischen Stils mit den kleineren republikanischen und nichtkirchlichen Parteien der Bourgeoisie ein. Und in Portugal traten Mandels Jünger nicht nur einer Front, der FUT, bei, die den Segen eines Flügels der Bewegung der Streitkräfte (MFA) hatte und die diesen unterstützte; bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1976 befürwortete VS-Superstar Krivine sogar die Wahl eines Vertreters des bürgerlichen Offizierskorps, des Generals Otelo de Cavalho!

Von Handlangern des Kreml in den fünfziger und begeisterten Anhängern der Castroisten in den sechziger Jahren sind diese eingefleischten Renegaten des Trotzkismus zu einer Pressure-group degeneriert, die versucht, von links Druck auf die Volksfronten der siebziger Jahre auszuüben.

Etiketten

Als sich das Vereinigte Sekretariat 1963 konstituiert hatte, waren sich beide Parteien darin einig, „Vergangenes ruhen“ zu lassen und die Differenzen über China, „tiefen Entrismus“ und andere Streitfragen als erledigt abzutun. Mit den ersten Zeichen einer Massenradikalisierung tauchten jedoch die Differenzen wieder auf, und die SWP und ihre Satelliten standen in einer Front gegen Mandel & Co. (Pablos alte Garde). Das Ergebnis war ein Fraktionskampf im VS, der zwischen der von der SWP geführten reformistischen Minderheit und der zentristischen Internationalen Mehrheitstendenz (IMT) auf beiden Seiten mit heftigen öffentlichen Angriffen geführt wurde und von 1969 bis 1977 andauerte. Als die IMT letztes Jahr die Auflösung der Fraktionen in Gang setzte, indem sie ihre frühere Unterstützung für die guevaristische Guerillastrategie aufgab, tat sie es mit dem Verständnis, daß das alte Fraktionsdokument den Status von „historischem Material“ erhalten würde.

Obwohl es tatsächlich eine wirkliche Annäherung zwischen den politischen Gelüsten der ehemaligen IMT und der SWP in der jetzigen Volksfrontperiode gibt, bleibt das VS ein verrotteter Block. Es ist daher nicht überraschend, wenn Mandel periodisch vorschlägt, seine „Vierte Internationale“ samt und sonders zugunsten von polymorphen Gruppierun-

gen der breiteren „Extremen Linken“ abzutreten. Solche perversen Gebilde würden fanatische antisowjetische Maoisten, vorgebliche Trotzkisten und syndikalistische Spontaneisten vereinigen, wobei die einzige mögliche politische Grundlage der Wunsch wäre, von links Druck auf eine breitere Volksfront der traditionellen Arbeiterparteien auszuüben. So erklärte Mandel Ende 1976 in einem Interview mit einer linken spanischen Zeitschrift:

„Meiner Meinung nach liegt die Zukunft der revolutionären Bewegung in der Art von Gruppen, die offener sind als die, die sich trotzkistisch nennen. Gruppierungen allerdings, die sich mit Sektionen der Vierten Internationale vereinigen“ (*Topo Viejo*, November 1976).

Einige Monate zuvor hatte Mandel das gleiche Konzept in einem Dialog mit dem linken Flügel der PSU ventiliert, der von niemand anderem als Michel Pablo geführt wurde. Gefragt, ob die französische LCR nicht einigen der italienischen maosyndikalistischen Gruppen näher stehe als der amerikanischen SWP, antwortete Mandel:

...... worüber man sich wirklich streiten sollte, das ist nicht das Etikett, der organisatorische Rahmen ... oder Berufung auf eine bärtige Person namens Leo Trotzki... Was für einen Unterschied machen schon Etiketten? Würden wir in der politischen Arena Kräfte finden, die mit unserer strategischen und taktischen Orientierung übereinstimmen und nur von historischen Bezügen und dem Namen abgehalten werden, so würden wir letzteres innerhalb 24 Stunden ablegen.“

Yvan Craipeau. linker PSU-Führer und selbst ein ehemaliger Trotzkist, erwiderte, daß es nicht genug sei, Etiketten auszutauschen: genauso notwendig sei es, der leninistischen Parteikonzeption abzuschwören.

Eröffnet diese Art von Manövern den VS-Gauklern einen erfolgreichen Weg, die ,.neue Avantgarde“ zu erreichen und heimlich die Hegemonie über sie zu gewinnen? Man braucht nur einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu werfen, um die Ergebnisse früherer Versuche dieser Art zu konstatieren. Das Musterbeispiel für eine solche zentristische Gruppierung aus jüngster Vergangenheit ist die chilenische MIR, eine castroistische Gruppe, die 1965 mit der aktiven Beteiligung des von Luis Vitale geführten VS-Ablegers aufgebaut wurde. Alle „Etiketten“ wurden abgelegt (Vierte Internationale, Trotzkismus, permanente Revolution, deformierte/degenerierte Arbeiterstaaten) und auf der Grundlage eines verschwommenen Programms links von der KP wurde die MIR in der VS-Zeitschrift *World Outlook* (17. September 1965) zur „wichtigsten marxistisch-leninistischen Partei, die bisher in Chile gegründet wurde ...“ erklärt.

Aber kaum zwei Jahre später begann die MIR-Führung eine systematische Säuberungsaktion gegen alle „Trotzkisten“, bald auch gegen Vitale und andere Spitzenführer. Ungerührt fuhren die europäischen Mandelianer (und der ausgeschlossene Vitale) fort, ihrer zentristischen Schöpfung den Hof zu machen. Den Draht zur MIR nicht abreißen zu lassen, war einer der Gründe, warum die IMT de facto die Position einer britischen Unterstützung“ für die UP einnahm. Die Lateinamerika-Kommission der französischen LCR protestierte gegen die oben zitierte VS-Resolution über Chile vom Dezember 1971 wegen der milden Kritik an der MIR und behauptete, daß diese „eine absolut klare Position zur Frage der permanenten Revolution“ habe und „der Einfluß trotzkistischer Positionen“ spürbar sei *(International Internal Discussion Bulletin* der SWP, Februar 1973). Die Mandelianer kritisierten ihre eigene Schwesterorganisation schärfer als die MIR und brachten häufig große Summen für die Castroisten auf, während sie ihre eigenen Genossen um Krumen betteln ließen!

Aber das klassische Beispiel für die Art von „breiten“ Gruppierungen, „Trotzkisten eingeschlossen“, von denen Mandel träumt, ist die spanische PO UM, 1935 aus der Fusion der Kommunistischen Linken-(geführt von Andres Nin) mit Joaquim Maurins Arbeiter- und Bauernblock hervorgegangen. Auch jene ließ Etiketten fallen und nahm verschwommene Positionen zum Charakter von Stalins Rußland, Volksfrontismus und anderen entscheidenden Fragen ein. Trotzkis Antwort darauf war der Abbruch aller politischen Verbindungen mit dem Renegaten Nin und der Aufruf, einen wachsamen Kampf innerhalb der Bewegung für die Vierte Internationale gegen alle zu führen, die mit der POUM und ähnlichen zentristischen Bremsklötzen sympathisierten. Mit seinen Schwankungen wurde dieses unstabile Amalgam der schlimmste Feind der proletarischen Revolution in Spanien, schrieb Trotzki. Und genau das würden die Produkte von Mandels opportunistischer „Umgruppierung“ werden, wenn es ihnen gelänge, die Massen für sich zu gewinnen.

Objektivismus und Kapitulantentum

Die wichtigste neue Entwicklung in der europäischen Linken in den letzten zwei Jahren ist das Auftauchen der eurokommunistischen Strömung. Wie man es von Mandel erwarten konnte, immer bereit, einer neuen Mode anzuhängen, sah der VS-Führer diesen Prozeß möglicherweise zu einer Verwandlung von langjährigen stalinistischen Mietlingen wie Santiago Carillo in Leninisten führen! Im zweiten Teil des *Topo Viejo* -Interview, aus dem schon oben zitiert wurde, spricht Mandel von dem Widerspruch zwischen den „positiven und negativen Aspekten“ der eurokommunistischen Welle:

„Die führenden Genossen der Kommunistischen Partei, besonders ihre Arbeiterkader, müssen sich (diesem Widerspruch) stellen und ihn lösen; und ich hoffe und glaube, daß sie fähig sein werden, ihn positiv zu lösen, und das heißt, auf den Pfad des revolutionären Marxismus zurückzukehren.

Eurokommunismus ist eine Politik des Übergangs, wenn auch niemand weiß, wohin und wozu. Vielleicht repräsentiert er einen Übergang in Richtung auf Absorbierung der Kommunistischen Parteien durch die Sozialdemokratie, was meines Erachtens recht unwahrscheinlich, aber

nicht völlig ausgeschlossen ist. Vielleicht wird er einen Übergang zu einem neuen Stalinismus darstellen. Und ebenfalls — warum nicht? — könnte er, für die Arbeiterkader der Partei, ein Übergang sein, um wieder mit dem revolutionären Marxismus, dem Leninismus vertraut zu werden.“

Dies führt uns direkt zum Pabloismus der fünfziger Jahre zurück, zum Glauben, die „führenden Genossen“ der KPen vielleicht für die Revolution retten zu können. Wieder sind auf diese Weise trotzkistische Parteien und eine authentische Vierte Internationale, aufgebaut im Kampf gegen Stalinismus, Sozialdemokratie und alle Spielarten des Zentrismus, überflüssig (nichts als „Etiketten“, deren man sich im Verlauf organisatorischer Manöver entledigt). Aber es sollte sogar für diejenigen auf der Hand liegen, die die verschiedenen vorgeblich trotzkistischen Gruppen nicht kennen, daß mit einem „Trotzkisten“ etwas wirklich nicht stimmt, der nicht versucht, trotzkistische Parteien und eine trotzkistische Internationale aufzubauen. Die Diagnose für diese Krankheit lautet pabloistisches Liquidatorentum und Ernest Mandel ist einer ihrer gefährlichsten Bazillenträger.

Mandels politischer Revisionismus steht in einem engen Zusammenhang mit seinen Wirtschaftstheorien, die durch fundamentalen Objektivismus gekennzeichnet sind. In den fünfziger Jahren argumentierte er, daß „sich das Kräfteverhältnis entschieden zu Gunsten des anti-kapitalistischen Lagers entwickelt hat“. So würde man, wenn man sich in eine Reihe mit den pro sowjetischen Parteien stellt, in der Position sein, die Führung der revolutionären Massenbewegungen zu erobern, die unvermeidlich durch die KPen hervorgerufen würden. Zur gleichen Zeit argumentierte er, daß die Restaurierung des Kapitalismus in der UdSSR „auf nahe Sicht nicht mehr im Bereich des Möglichen liegt“ („Bericht des Genossen E. Germain“, präsentiert auf dem pabloistischen „Fünften Weltkongreß“, *die internationale*, Februar- Mai 1958).

Mitte der sechziger Jahre lautete die Version dieses Objektivismus, daß der Kapitalismus „nicht noch einmal neue Krisen wie 1929 erfahren wird“ *(Tempos Modernes*, August/ September 1964). Folglich wurde das Übergangsprogramm unter dem „Neokapitalismus“ in einen Selbstbedienungsladen für „antikapitalistische Strukturreformen“ umgewandelt. Dieser Objektivismus ist der Kern seiner Weltanschauung. So heißt der erste Satz in seiner *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie:* „Alle Fortschritte der Zivilisation werden letztlich durch das Anwachsen der Arbeitsproduktivität bestimmt.“

Im Gegensatz dazu lautet zum Beispiel die Aussage im *Kommunistischen Manifest* kurz und bündig: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Eines der besten Beispiele für Mandels politisch-ökonomischen Objektivismus ist sein Brief an Jean-Paul Sartre, im Januar 1953 unter dem Einfluß der chinesischen Revolution geschrieben:

„Für uns bestimmt sich die Natur einer Periode nicht in erster Linie durch die *Führung* der Massenbewegung, sondern durch deren *Ausmaß*... Niemals in der Geschichte des Kapitalismus hat es eine Periode gegeben, in der, überall auf dem Erdball, diese Massenbewegung in der Zahl der Beteiligten, in ihrer Gewalt und Tragkraft so bemerkenswert war wie heute. Deshalb sehen wir die gegenwärtige Periode als eine eminent revolutionäre Periode an.

. . . Auf Weltebene entwickeln sich die Kräfteverhältnisse mehr und mehr zuungunsten des Kapitalismus“ *(Quatrième Internationale*, April 1953). Wir haben an anderer Stelle die Gleichartigkeit des ökonomischen Objektivismus von Mandel und Bucharin hervorgehoben, wobei die „langen Wellen“ des ersteren eine verallgemeinertere Version von Bucharins „Perioden“ des Imperialismus darstellen. Trotzki schrieb 1928 als Antwort auf Bucharins Programmentwurf für die stalinistische Komintern — der auf der Behauptung basierte, daß es eine „Dritte Periode“ gäbe, die die endgültige Krise des Kapitalismus darstelle — eine Polemik, die die objektivistische Nachtrabpolitik Ernest Mandels bis auf den Grund zerstört:

„Sobald aber die objektiven Voraussetzungen herangereift sind, wird der Schlüssel zu dem ganzen historischen Prozeß in die Hand des subjektiven Faktors, d. h. der Partei und der revolutionären Leitung derselben, gegeben. Das alles geht aus den Diskussionen über die Lehren des deutschen Oktober, über das Anglo-Russische Komitee und der chinesischen Revolution klar hervor. In allen diesen, wie auch noch anderen weniger bedeutsamen Fällen äußerte sich die opportunistische Tendenz darin, daß sie sich lediglich auf die ‚Massen[4] verließ und die Frage einer revolutionären Führung völlig vernachlässigte. Eine solche Einstellung, die überhaupt falsch ist, wirkt sich in dieser Epoche direkt vernichtend aus“ (Trotzki, *Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale).*

Bahro...

Fortsetzung von Seite 24

(nach sechs Jahren Einreiseverbot) das schändliche Bahro-Urteil und die verbrecherische Politik der Stalinisten nur zu der moraltriefenden Erklärung zu nutzen, daß bei dem „Sozialismus, den wir wollen“, der Zweck eben *nicht* die Mittel heilige(die Bolschewiki hätten vermutlich vor Kronstadt kapitulieren sollen). Mandel verlor angesichts des antikommunistischen Schmierentheaters in der Bundesrepublik *kein Wort* über die Notwendigkeit, die proletarischen Eigentumsformen in den Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus zu verteidigen, so daß der *Spiegel* treffend kommentierte: „Mandel darf gegen die DDR zu Felde ziehen.“

Schon immer haben die Verbrechen des Stalinismus antikommunistische Reaktionen geschürt. Trotzkisten werden vor solchen Stimmungen nicht zurückweichen, sondern unter allen Umstanden die Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus propagieren. Aber zur Verteidigung der gesellschaftlichen Grundlagen dieser Staaten gehört nicht die Rechtfertigung der kriminellen Politik der Bürokratie. Im Gegenteil, es ist gerade die Bürokratie, die mit ihrer parasitären Herrschaft in wachsendem Maße die proletarische Basis der Arbeiterstaaten unterminiert.

Nur die politische Revolution des Proletariats zum Sturz der Bürokratie im Osten und die soziale Revolution zur Zerstörung der Diktatur der Bourgeoisie im Westen wird die Grundlagen schaffen für eine menschenwürdige Gesellschaft, für die Räterepublik in einem vereinigten sozialistischen Deutschland.

— Für den Aufbau trotzkistischer Parteien in beiden Teilen Deutschlands!
— Freiheit für Rudolf Bahro!

„Freie“ Gewerkschaften in der UdSSR?

Im November 1977 hielt in Moskau eine Gruppe von dissidenten sowjetischen Arbeitern eine Pressekonferenz vor ausländischen Journalisten ab. Die Gruppe, die vorgibt, an die 200 Mitglieder zu besitzen, verkündete im darauffolgenden Monat die Bildung eines „Freien Gewerkschaftsbundes der Arbeiter der UdSSR“. Seitdem ist es ihr gelungen, verschiedene Dokumente ins Ausland zu schmuggeln und Amnesty International zukommen zulassen. Nach westlichen Presseberichten wurde schließlich Mitte April ein Komitee für die Freie Gewerkschaft der Arbeiter der UdSSR gebildet *(Los Angeles Times*, 29. April 1978).

Das seit Jahren erste Auftauchen einer organisierten Gruppierung dissidenter sowjetischer Arbeiter hat internationales Aufsehen erregt, das in keinem Verhältnis zu der begrenzten Stoßkraft steht, die die Gruppe in der UdSSR selbst hat.

Elemente unterschiedlichster Art, von der konservativen bürgerlichen Presse und der reaktionären Meany-Bürokratie der US-Gewerkschaften bis zu linken Labour-Abgeordneten in Britannien und dem pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat, waren eiligst zur Stelle, um sich kritiklos die Sache der rebellischen Arbeiter zu eigen zu machen. Aber was ist diese Bewegung für eine „Freie Gewerkschaft“ und für was tritt sie ein?

Die von der Forschungsabteilung von Amnesty International bislang veröffentlichten, aus Dokumenten der Gruppe zusammengestellten Materialien haben deren ideologische Vorstellungen nur geringfügig erhellt. Fast das ganze veröffentlichte Material hat einen beschreibenden Charakter. Es stellt ausführlich die von der Sowjetbürokratie veranlaßten Drangsalierungen und Mißhandlungen dar, die individuelle Mitglieder der Gruppe erleiden mußten. Gemäß Amnesty International „begann die Existenz der Gruppe durch die zufälligen Treffen beschäftigungsloser Arbeiter, die nach Moskau gekommen waren, um ihren Beschwerden bei den Ämtern der höchsten Partei-, Regierungs- und Gerichtsbehörden persönlich Nachdruck zu verleihen“.

Der erste schriftliche öffentliche Aufruf, der ins Ausland gelangte, wurde am 20. Mai 1977 herausgegeben und war von acht Arbeitern unterzeichnet. Dieser „offene Brief“ vom Mai führte 35 Arbeiter aus verschiedenen Städten an, die wegen „Inanspruchnahme ihres Beschwerderechtes“ in Gefängnisse oder psychiatrische Kliniken geworfen worden waren. Seitdem hat die Gruppe einen Appell über die Einhaltung der Helsinki-Abkommen von 1975 an die Belgrader Konferenz publiziert. Dieser Appell erschien am sechzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution. Des weiteren wurde ein Appell an die Internationale Arbeits-Organisation (IAO) gerichtet. In dem Appell wird die Anklage erhoben, daß im Zeitraum zwischen der ersten Pressekonferenz, die in den letzten Novembertagen stattfand, und Ende Februar zehn Arbeiter, die verschiedene der Dokumente unterzeichnet hatten, von der Polizei in Haft genommen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt (27. Februar) waren sieben der verhafteten Mitglieder entweder verschollen oder man wußte von ihrer Einweisung in psychiatrische Kliniken.

Vladimir Klebanov, der Hauptsprecher der Gruppe, hatte sechzehn Jahre als Vorarbeiter in einer Kohlengrube im ukrainischen Donjezk-Gebiet gearbeitet. In den Dokumenten wird behauptet, daß Klebanov im Jahre 1960 erfolglos versuchte, eine unabhängige Gewerkschaft auf der Zeche zu organisieren. Er wurde 1968 entlassen, weil er sich weigerte, seine Arbeiter Überstunden machen oder sie Arbeiten verrichten zu lassen, bei denen die Sicherheitsnormen seiner Meinung nach nicht beachtet wurden. Als er gegen seine Kündigung protestierte, wurde er für geisteskrank erklärt und von 1968 bis 1973 in eine besonders sichere psychiatrische Spezialklinik eingesperrt. Seit seiner Freilassung hat man ihn nicht arbeiten lassen und auch mehrmals wieder in Krankenhäuser gesteckt. Nach den Berichten der Gruppe (28. Februar 1978) soll Klebanov in einer psychiatrischen Klinik in Donjezk festgehalten werden, wo während einer früheren Einkerkerung die Diagnose gestellt worden war, er leide an „paranoider Entwicklung der Persönlichkeit“ mit wahnhaften Zwangsvorstellungen eines „Kampfes für Gerechtigkeit“.

Andere von der Gruppe gelieferte Berichte skizzieren annähernd ähnliche Geschichten von Einzelpersonen, die Beschwerden gegen bürokratische Übergriffe und Korruption erhoben, denen Vergeltungsmaßnahmen gegen die daran beteiligten Arbeiter auf dem Fuße folgten. Maria Dwoijetzkaja, eine Arbeiterin aus Alma Ata, appellierte im Namen ihres Mannes. Dieser war als „geistig unzurechnungsfähig“ und „sozial gefährlich“ eingestuft worden und wurde in eine Anstalt gesteckt. Es ging dabei darum, daß er Erklärungen unterzeichnet hatte, die sich gegen Diebstähle und betrügerische Lohnzahlungen an nicht existierende Arbeiter in einer Molkerei und später in einer Schuhfabrik richteten. Warwara Kutschjerenko, die in einer Fabrik in Dagestan arbeitete, wurde gemaßregelt und später entlassen, weil sie enthüllt hatte, daß die Verwaltung und das Gewerkschaftskomitee ihres Werkes Güterdiebstähle begingen. Sie wurde von der Polizei festgenommen und in eine psychiatrische Klinik gesperrt.

In ihrem Aufruf: „An die öffentliche Weltmeinung. Über die wirkliche Lage der Arbeiter und Angestellten am Vorabend des 60. Jahrestags der UdSSR“ (18. September 1977) schreibt die Gruppe sowjetischer „Freier Gewerkschafter“: „Wir, Sowjetmenschen aus verschiedenen Schichten der Gesellschaft, Menschen verschiedener Nationalitäten aus verschiedenen Ecken des Landes, sind gezwungen, uns an die sogenannte bürgerliche Presse[4] zu wenden. Unsere Führer, unsere Presse-, Partei- und Sowjetorgane wollen uns, redliche Arbeiter der Sowjetgesellschaft, die Produzenten des materiellen Reichtums, nicht anhören, obwohl sie eigentlich gemäß ihren Aufgaben und ihren Verantwortlichkeiten dazu verpflichtet sind, uns anzuhören und unsere Fragen zu beantworten.“ Und in ihrer „kollektiven Beschwerde“ (7. November 1977) schreibt die Vereinigung: „Es ist die heilige Pflicht jedes Bürgers der UdSSR, das sozialistische Eigentum zu schützen und gegen schreiende Verletzungen der Menschenrechte zu protestieren.“ In dem Dokument wird die Beschuldigung erhoben, daß Funktionäre der für amtliche Übergriffe zuständigen „Überwachungskommission“ der KPdSU, der ZK- Abteilung für Verwaltungsorgane, „sich von persönlichen Motiven und nicht von den Instruktionen der Partei und der Regierung leiten lassen“.

Die bei weitem lautesten „Kämpfer“ für die Sache dieser sowjetischen Arbeiter sind jedoch gleichzeitig die hartnäckigsten Gegner des Sozialismus wie auch der Gewerkschaftsbewegung. Seit Jahren haben sich der CIA und andere konterrevolutionäre Kräfte darüber beklagt, daß die überwiegend

kleinbürgerliche Zusammensetzung der sowjetischen Dissidentenbewegung es ihr erschwert, sich als Repräsentant des sowjetischen Volkes aufzuspielen. Die bürgerliche Presse griff daher begierig die Bildung des sowjetischen „freien Gewerkschaftsverbandes“ auf, vor allem seit seine Appelle an imperialistische Agenturen wie die IAO gerichtet wurden. Die gleichen Sprachrohre der Kapitalisten, welche die „gierigen Gewerkschaften“ im Westen denunzieren, vergießen Krokodilstränen über „das ungeheure Ausmaß an Verfolgung und Einkerkerung einfacher arbeitender Menschen durch die UdSSR“ {*Guardian Weekly*, 2. März) und protestieren gegen die Schikanierung Klebanovs und seiner Genossen.

Die George Meany-Bande war rasch dabei, dem *Guardian* und vergleichbaren amerikanischen Presseorganen nachzueifern. Die Ausgabe der *Free Trade Union News* (AFL-CIO) vom Mai 1978 bringt auf der ersten Seite einen Artikel, der zu den sowjetischen Arbeitern unter der Überschrift Stellung nimmt: „Wir wollen erzählen von unseren unvorstellbaren, unmenschlichen Leiden ...“ Die virulent antikommunistische AFL-CIO zieht die Schlußfolgerung: „... es ist nunmehr in zunehmendem Maße klar, daß, während die Arbeiter der meisten ‚bürgerlichen' Länder für ihre Arbeiterrechte und für materiellen Wohlstand gekämpft - erfolgreich gekämpft - haben, die Arbeiter in dieser Bastion des Marxismus - der UdSSR — noch immer mit d'en unmenschlichsten Ketten sozialer Ungerechtigkeit und Armut gefesselt sind.“

Auf der Linken war die Antwort leiser. Aber Eric Heffer, ein führender linker Labour-Abgeordneter, forderte sowohl die britischen Gewerkschaften als auch die Internationale Arbeits-Organisation auf, für eine Untersuchung der sowjetischen Gewerkschaften Druck auszuüben. In einem Brief an den *Guardian* (19. März) versuchte Heffer, sich vom rechten Flügel abzugrenzen, dessen vorgebliche Unterstützung für die sowjetischen Arbeiter er als „Gipfel der Heuchelei“ bezeichnete. Heffer erklärte, die sowjetischen Arbeiter-Dissidenten „wollen auf keinen Fall den Kapitalismus wiederherstellen oder sich in ideologischen Konflikt mit den sowjetischen Behörden verwickeln, sondern verlangen einfach, sich frei zu organisieren...“ Unterdessen publizierte das Vereinigte Sekretariat (VS), das unterschiedslos jeden Ausdruck von „Regimekritik“ in den deformierten Arbeiterstaaten lobpreist, einfach Informationen aus den Dokumenten von Amnesty International ohne jegliche Kritik. Und die vorgeblich trotzkistische französische Organisation Communiste Internationaliste (OCI) gab diesen dissidenten sowjetischen Arbeitern umfassende politische Unterstützung:

> „Es ist eine unbedingte Pflicht der internationalen Arbeiterbewegung, diesen mutigen Kämpfern für grundlegende Freiheit der Arbeiterklasse ohne Einschränkungen ihre *Unterstützung zu geben“ {Informations Ouvrières,* 12.- 19. April 1978).

Die Informationen über die sowjetische Arbeitergruppe sind spärlich, und es ist zu bezweifeln, daß ihre Mitgliedschaft homogen ist. Es wird von Konflikten zwischen ihr und anderen Dissidenten berichtet. Klebanov sagt, der Physiker Andrej Sacharow habe ihm eine Abfuhr erteilt. „Sie halten sich für was Besseres“, sagte er über die kleinbürgerlichen Dissidenten {*Washington Post*, 22. Januar). Wie auch immer, der Sprecher des „Komitees für die Freie Gewerkschaft“, Wsjewolod Kuwakin, spricht nun davon, „die Zurückhaltung von Arbeitern gegenüber der Intelligenzia ist überwunden worden“. Jedenfalls haben die verfolgten Arbeiter, zumindest stillschweigend, die Strategie von Anhängern des westlichen Imperialismus wie Sacharow akzeptiert, als sie ihre Appelle an die Belgrader Konferenz, die IAO und an antikommunistische Gewerkschaften wie die AFL- CIO richteten. Aus diesem Grund spielen sie in die Hände der ideologischen „Menschenrechtsoffensive“ Jimmy Carters gegen die UdSSR.

Trotzkisten verteidigen verfolgte Arbeiter wie Klebanov und die anderen seiner Gruppe gegen die bürokratische Willkür und die Unterdrückung durch den Kreml. Und ein nicht abtrennbarer Bestandteil unseres Programms für die proletarische politische Revolution in den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ist der Kampf für von staatlicher Kontrolle unabhängige Gewerkschaften. Dies im Gegensatz zu den gegenwärtigen sowjetischen „Gewerkschaften“, die einfach einen weiteren Arm der Bürokratie (genauso wie die „Partei“) darstellen. Sogar in einem gesunden Arbeiterstaat sind Gewerkschaften notwendig, um sowohl gegen mögliche Übergriffe und Mißbräuche der Regierung zu wachen als auch zu helfen, die Produktion, Arbeitsmethoden usw. zu planen. Aber genuine, von den Normen der Arbeiterdemokratie geleitete Gewerkschaften und Sowjets werden nicht durch die Intervention der IAO (in ihr sind die Repräsentanten der Unternehmerorganisationen und kapitalistischer Regierungen mitvertreten) und der westlichen imperialistischen Mächte (Mitunterzeichner der Abkommen von Helsinki) aufgebaut.

Angesichts der grundsätzlichen Feindschaft der kapitalistischen Staaten gegenüber der bloßen Existenz der Arbeiterstaaten ist es unerläßlich, die Arbeiteropposition gegen die bürokratische Usurpation der russischen Revolution von der imperialistischen Opposition gegen die Revolution selbst zu unterscheiden. Ohne die feste Verpflichtung, die Eroberungen der Oktoberrevolution zu verteidigen, kann keine proletarische Opposition gegen den Kreml aufgebaut werden. Der „Freie Gewerkschaftsverband“ nimmt diesen Punkt schwach auf, indem er schreibt: „Wir haben das Vertrauen in die Staatsanwaltschaft der UdSSR als ein Organ, das über die Errungenschaften des Oktober wachen soll, verloren ...“ („Eine kollektive Beschwerde“). Dieses Dokument wurde von der AFL-CIO oder Amnesty International übrigens bezeichnenderweise *nicht* reproduziert. Doch dann dreht sich die Gruppe der dissidenten Arbeiter um 180 Grad und appelliert in Wirklichkeit an kapitalistische Regierungen, Regierungssozialisten und reaktionäre Gewerkschaftsführer, die allesamt tödliche Feinde der russischen Revolution sind.

Wenn die verfolgten Arbeiter an das glauben, was in ihrer Beschwerde und in ihren Hinweisen auf das sozialistische Eigentum steht, so ist ihr Appell an antikommunistische Kräfte im Westen ein Bumerang. Ist dies aber nur ein Vorwand, um nicht des Antisowjetismus bezichtigt werden zu

können, dann zeigt dies immer noch die Stärke der Ergebenheit der sowjetischen Arbeiter für ihre Revolution. Und wenn die dissidenten Arbeiter noch nicht erkannt haben, wie entscheidend diese Frage ist, dann sollten sie sehen, wie ihre Appelle an antikommunistische Kräfte im Westen Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Propaganda gegossen haben. Genuine sowjetische Gewerkschaften, als Defensivorgane zur Wiedererringung und Verteidigung sowjetischer Freiheiten, werden für die Arbeiter nicht einmal eine Kopeke wert sein, wenn sie nicht Bollwerke gegen die Restauration des Kapitalismus sind!

Es ist keine Überraschung, daß die ersten organisatorischen Regungen von Opposition unter sowjetischen Arbeitern mit der rechtslastigen Ideologie der breiteren Dissidentenbewegung infiziert sein würde, die von Fanatikern im Stil der zaristischen Schwarzhunderter wie Solschyenizyn bis zu pro imperialistischen Liberalen wie Sacharow reicht. Der Großteil der gegenwärtigen Dissidentengeneration stammt aus einer kleinbürgerlichen Schicht von Intellektuellen, Künstlern, Freiberuflern und Regierungsbeamten, die in ihrer sozialen Zusammensetzung mehr der stalinistischen Bürokratie als den arbeitenden Massen ähnelt. Viele von ihnen sind ehemalige chruschtschowistische Befürworter der bürokratischen Selbstreform, die dann als Ergebnis der Invasion der Tschechoslowakei im Jahre 1968 ihre Hoffnung fahren ließen.

Nachdem die vergebliche Hoffnung auf die Liberalisierung der Bürokratie zerronnen war, wandte sich eine Sektion der sowjetischen Intelligenz dem Westen zu. Angesichts des Fortbestehens des repressiven stalinistischen Regimes von Breschnew & Co. erschien diesen Individuen jetzt die Aussicht auf Auswanderung als Ausweg und Alternative. Daher haben sie an Säbelrassler des Kalten Krieges wie den US-Senator Jackson appelliert, imperialistische Erpressungen zu benutzen (z.B. die Drohung, die Weizenlieferungen einzustellen), deren wirklicher Leidtragender das sowjetische Volk wäre. Obwohl gewiß viele Revolutionäre aus der Schicht der sowjetischen Intellektuellen rekrutiert werden können, besonders unter Studenten, ist diese Gruppierung als eine soziale Schicht für die korrumpierenden Einflüsse der stalinistischen Bürokratie wie auch der liberal-bürgerlichen Ideologie äußerst empfänglich.

Vollkommen anders ist dies für die sowjetischen arbeitenden Massen. Sie haben von der Wiedererrichtung des Kapitalismus nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Es ist unwahrscheinlich - es sei denn unter ganz außergewöhnlichen Bedingungen —, daß das proimperialistische Geschwätz dissidenter Intellektueller wie Sacharow und Solschenizyn im sowjetischen Proletariat irgendeinen breiteren Anklang finden könnte. Die erste Bedingung für den Aufbau einer allumfassenden und mächtigen Arbeiteropposition gegen die stalinistische Bürokratie wird es sein, derartige zersetzende Einflüsse im Keim zu zerstören. Klebanov und die verfolgten sowjetischen Arbeiter müssen gegen die hinterhältigen Drangsalierungen der Breschnewisten verteidigt werden, aber man muß den Appellen an die imperialistischen „Demokratien“ gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat unnachsichtig entgegentreten.

Die dissidenten sowjetischen Arbeiter haben die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Einerseits könnten sie einen Block mit den proimperialistischen Dissidenten eingehen. Dieser Kurs wäre nicht nur ein Verrat an den Interessen der sowjetischen Massen, sondern auch ein unschätzbares Geschenk für die stalinistische Bürokratie und ihre zynischen Bemühungen, sich vor dem sowjetischen Volk als Verteidiger der Oktoberrevolution zu gebärden. Die Abneigung der sowjetischen Arbeiter gegen die Orlows und Sacharows ist ein entstellter, aber auch berechtigter Ausdruck ihres Hasses gegen den Imperialismus und ihrer Ergebenheit gegenüber den gewaltigen Errungenschaften der russischen Revolution. Stalin, Chruschtschow, Breschnew & Co. haben *immer* versucht, alle Opponenten ihres gegen die Arbeiterklasse gerichteten Regimes als Lakaien des Imperialismus darzustellen.

Oder aber die dissidenten Arbeiter schlagen den Kurs ein, der notwendig ist, um sinnvoll den Exzessen der Bürokratie entgegenzutreten und gleichzeitig den sowjetischen Massen klarzumachen, durch welche prinzipiellen Mittel die ursprünglichen Ziele des Oktober wiederbelebt werden können.

Das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat und die OCI, linke Sozialdemokraten und „Eurokommunisten“ machen allesamt den proimperialistischen dissidenten Strömungen Zugeständnisse. Nur der authentische Trotzkismus, wie er von der internationalen Spartacist Tendenz repräsentiert wird, der fest auf der Notwendigkeit der Verteidigung und Ausweitung des Oktober durch die politische Revolution gegen die stalinistischen Usurpatoren beharrt, hält das Banner hoch, um das sich das sowjetische Proletariat scharen kann.

- *Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 207, 26. Mai 1978*

Kontaktadressen der TLD

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postfach 11 06 47,1000 Berlin 11

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE
Le Bolchevik, BP 42109
5424 Paris Cedex 09
SPARTACtST LEAGUE/BRITAIN
PO Box 185
London, WC 1H 8JE
SPARTACIST LEAGUE OF AUSTRALIA/NEW ZEALAND
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien
SPARTACIST LEAGUE/U.S.
Box 1377, GPO
New York, NY 10001
SPARTACIST STOCKHOLM
Spartacist Publishing Co.
c/o E. Davidson
Fack
102 60 Stockholm, Schweden
TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA
Box 7198, Station A
Toronto, Ontario
TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Kommunistische Korrespondenz



Freiheit für Rudolf Bahro!

Um der wachsenden Dissidentenbewegung in der DDR einen Dämpfer zu erteilen, ließ die Honecker-Bürokratie Rudolf Bahro am 30. Juni nach einem mehrtägigen Geheimprozeß zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilen. Bahro hätte „nachrichtendienstliche Tätigkeit“ und „Landesverrat“ betrieben, lautete die lakonische Begündung der kleinen Möchtegern-Jeschows und -Wyschinskis vom 1. Strafsenat des Ostberliner Stadtgerichts. Seine im Juli eingelegte Berufung wurde mit der Begründung verworfen, die Höhe der Freiheitsstrafe entspreche „der Schwere des von Bahro begangenen Verbrechens“. Dieses drakonische Urteil ist ein verabscheuungswürdiger Repressionsakt einer parasitären stalinistischen Bürokratenclique, die einen prominenten Oppositionellen mit allen Mitteln zum Schweigen bringen will. Bahro hat sich lediglich das „Verbrechen“ zuschulde kommen lassen, seine Kritik am „realen Sozialismus“ in Form eines über fünfhundertseitigen Pamphlets in einem westdeutschen gewerkschaftseigenen Verlag zu publizieren, nachdem ihm die Veröffentlichung seines Buches in der DDR selbst verweigert worden war. Rudolf Bahro hat *keinen Akt* begangen, der die militärische Sicherheit der DDR gegenüber dem Imperialismus in irgendeiner Weise gefährdet hätte!

Als Trotzkisten haben wir nichts gemein mit den politischen Ansichten Bahros, eines langjährigen SED-Mitglieds und ehemaligen Industriefunktionärs in einem Berliner Gummikombinat, der die ostdeutsche Bürokratie nach dem Muster Dubceks *reformieren* will (siehe „Bahro - keine Alternative!“ in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978). Aber ungeachtet unserer scharfen politischen Differenzen mit Bahro solidarisieren wir uns mit ihm gegen den brutalen Willkürakt der Honeckers und Stophs. Wir fordern die sofortige Aufhebung des Urteils, seine sofortige Freilassung und das uneingeschränkte Recht für Bahro, seine Meinungen in der DDR öffentlich propagieren zu können!

In der Bundesrepublik hat die DKP, neben der portugiesischen KP Cunhals treuester Vasall der Moskauer und Ostberliner stalinistischen Cliquen, die Aufgabe übernommen, in Dreckschleudermanier das Bahro-Urteil zu rechtfertigen:

> „Kritik ist in der DDR keine Angelegenheit der Justiz. Kritik ist DDR-Alltag... In der Zeit, in der DDR-Bürge sich mühten, ihr Leben und ihren Staat zu verbessern, sich über Mißstände ärgerten und diesen Ärger öffentlich kundtaten - in all der Zeit hat Bahro schweigend an einem Buch geschrieben und seine Verbindungen zu den Gegnern des Sozialismus gepflegt“ (*Unsere Zeit,* 3. Juli).

Aus dieser „schweigenden“ Studierzimmertätigkeit Rudolf Bahros und dem Umstand, daß er westlichen Fernsehjournalisten Interviews gegeben hat, leitet die *UZ* „konspirative Tätigkeit und Landesverrat“ ab! Ein klassisches Amalgam nach dem Muster stalinistischer Justiz. Wirkliche imperialistische Agenten wie der Westspion Frucht, der der NATO in den sechziger Jahren die Zusammensetzung chemischer Kampfstoffe aus dem Arsenal der Volksarmee verraten hatte, gehören in der Tat hinter Gitter. Aber Bahro? Seine Ankläger haben kein einziges Indiz beibringen können, das ihm eine *konterrevolutionäre Tätigkeit* nachweisen würde. Zudem hat Bahro, im Gegensatz zu vielen sowjetischen Dissidenten, zu keiner Zeit Appelle an den Imperialismus gerichtet, Sanktionen gegen die Arbeit er Staaten zu verhängen. Er tritt nicht für die Restauration des Kapitalismus in der DDR ein, sondern versichert seine „Loyalität zur nichtkapitalistischen Basis“.

Der Bahro-Prozeß war Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Propagandamaschine. „Menschenrechtler“ Carter bekundete seine „Sympathie“ mit dem inhaftierten Dissidenten. Und auch die deutsche Sozialdemokratie reagierte mit „Bestürzung“ auf das Urteil. Doch für bedeutende Teile der westdeutschen Linken sind diese Krokodilstränen der Partei, die die Berufsverbote erfunden hat, nicht ausreichend; sie fordern von der SPD eine härtere Gangart gegenüber der DDR. Dies tut auch ein prominenter sozialdemokratischer „Linker“, der niedersächsische SPD-Vorsitzende Peter von Oertzen, der sich über die Unterminierung „unseres Staates“ durch „Legionen von politischen Agenten“ der DDR beklagt und dann unmißverständlich proklamiert: „Schließlich ist es ja doch wohl das letzte Ziel sozialdemokratischer Politik, an der Erschütterung und am Sturz der stalinistischen Bürokratien im Osten mitzuarbeiten und nicht an ihrer Stabilisierung für immer und ewig, oder?“

Ein Sturz der stalinistischen Bürokratien unter der Ägide *der Sozialdemokratie* würde die Ausradierung der proletarischen Eigentumsverhältnisse in Osteuropa bedeuten. Der „demokratische Sozialismus“ der SPD ist nichts als ein Synonym für die „soziale Marktwirtschaft“, für die Restauration des Kapitalismus in den Arbeiterstaaten.

Ernest Mandel, Führer des revisionistischen Vereinigten Sekretariats, wußte bei seinem ersten Auftritt in Westberlin

Fortgesetzt auf Seite 20